



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

36. Jahrgang

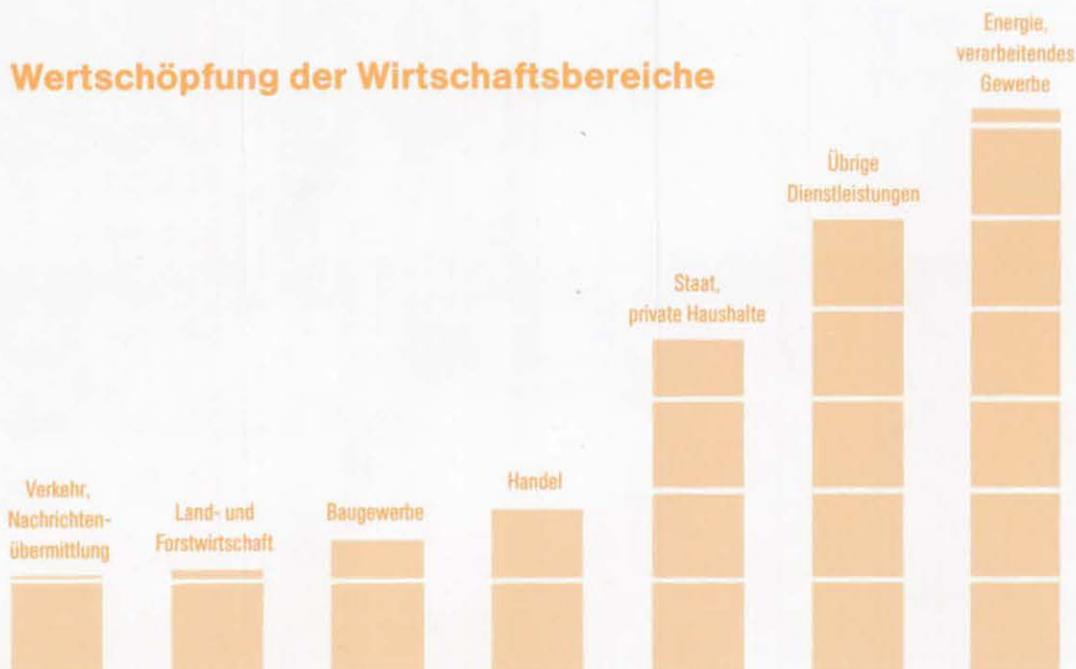
Heft 8

August 1984

Grafik des Monats: Europawahl
Aufsätze: Europawahl 1984
Straßenverkehrsunfälle
Kurzberichte: Fremdenverkehr Winter 83/84
Kaufwerte für Bauland

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Mai 1984		Januar bis Mai 1984	
Beschäftigte	1000	163	- 1,2	162	- 2,3
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	+ 2,8	16	- 1,4
Löhne und Gehälter	Mill. DM	503	+ 0,0	477	+ 1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 247	+ 19,1	2 908	+ 7,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 447	+ 9,3	2 283	+ 4,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	800	+ 64,2	625	+ 20,6
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 463	+ 6,6	1 620	+ 3,0
aus dem Inland	Mill. DM	1 020	- 1,6	1 170	+ 2,6
aus dem Ausland	Mill. DM	443	+ 31,9	449	+ 3,8
Energieverbrauch	1 000 t SKE	207	+ 3,7	220	+ 12,3
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1000	48	- 3,9	47	+ 0,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6	+ 2,4	5	+ 2,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	151	+ 4,2	114	+ 6,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	363	+ 6,4	262	+ 1,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	287	- 9,0	222	- 12,9
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 207	- 28,8	1 089	- 20,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	480	- 38,4	364	- 44,8
Einzelhandel					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	108,5	+ 6,1	103,4	+ 2,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	110,1	+ 7,8	83,8	+ 2,1
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1000	p 229	+ 21,8	p 132	+ 5,7
Übernachtungen	1000	p 1 184	+ 33,8	p 583	+ 11,1
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	100 863	+ 1,8	113 928	+ 1,2
Ausfuhr					
Ausfuhr	Mill. DM	669	+ 3,2	735	+ 10,5
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	669	+ 7,4	734	+ 17,1
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 322	+ 4,6	9 166	+ 3,4
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	40 695	+ 6,4	40 528	+ 6,8

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (ohne Jugendherbergen und Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 8/84

	Seite
Aktuelle Auslese	129
Aufsätze	
Die Europawahl am 17. Juni 1984	131
Straßenverkehrsunfälle in den Kreisen	141
Kurzberichte	
Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1983/84	145
Kaufwerte für Bauland	147
Grafik des Monats	138
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 3/1984

Gartenbau
Binnenfischerei

Heft 4/1984

Schleswig-Holstein im Jahre 1983

Heft 5/1984

Der Hamburg-Nachbarraum bis 1998

Heft 6/1984

Ausstattung der Haushalte
Reiseziel Schleswig-Holstein

Heft 7/1984

Kinderunfälle
Energieverbrauch der Industrie



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

36. Jahrgang

Heft 8

August 1984

Aktuelle Auslese



Güterumschlag in den Häfen angestiegen

In den schleswig-holsteinischen Häfen wurden im Jahre 1983 von der See- und Binnenschifffahrt 24,8 Mill. t Güter umgeschlagen. Gegenüber 1982 steigerte sich damit der Güterumschlag um 0,8 Mill. t oder 4 %.

Von allen Häfen Schleswig-Holsteins hatte Lübeck mit 8,2 Mill. t (+15 %) den größten Güterumschlag. Dahinter folgte Brunsbüttel mit einem Umschlag, der überwiegend aus Erdöl und Mineralölerzeugnissen besteht, von 6,5 Mill. t (+0,3 %). Die beiden nächsten Plätze nahmen die Häfen Puttgarden mit 3,0 Mill. t (-3 %) und Kiel mit 1,8 Mill. t (+3 %) ein.

Zur Erhöhung des Güterumschlags haben in erster Linie die Halb- und Fertigwaren beigetragen. Ihr Umschlag stieg um 701 000 t auf 5,7 Mill. t. Um 300 000 t erhöhte sich der Umschlag der Eisen-, Stahl- und NE-Metalle und stieg damit auf 935 000 t. Positiv entwickelte sich auch der Umschlag von Nahrungs- und Futtermitteln (+143 000 t), chemischen Erzeugnissen (+140 000 t), Düngemitteln (+122 000 t), Erzen und Metallabfällen (+32 000 t) sowie Erdöl und Mineralölerzeugnissen (+5 000 t). Demgegenüber war der Umschlag von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (-28 000 t), Steinen und Erden (-238 000 t) sowie festen mineralischen Erzeugnissen (-336 000 t) rückläufig.



Erste Anbauzahlen und Ernteaussichten

Aufgrund der diesjährigen Bodennutzungserhebung und der Vorschätzungen der amtlichen Ernteberichterstatte rechnet das Statistische Landesamt für Schleswig-Holstein mit einer Getreideernte von knapp 2,2 Mill. t. Das wären 4 % mehr als im Vorjahr, aber 10 % weniger als im außergewöhnlich guten Jahr 1982. Von der Gesamtmenge entfallen voraussichtlich 1,2 Mill. t auf Brotgetreidearten und 0,9 Mill. t auf Futtergetreidearten. Diese Zahlen können sich durch die Einflüsse der Witterung bis zur Ernte noch mehr oder minder ändern.

Auf einer Ackerfläche von knapp 600 000 ha wurden in Schleswig-Holstein 370 000 ha Getreide, darunter 41 % Weizen, 14 % Roggen und 38 % Gerste, sowie 90 000 ha Raps, 19 000 ha Zuckerrüben und 5 000 ha Kartoffeln angebaut.

Leicht verstärkt wurde der Anbau von Winterweizen, Wintergerste, Zuckerrüben und Kartoffeln, während Roggen und Raps geringfügig, Sommergerste und Hafer stark an Fläche verloren.

Zusammengenommen wurden 420 000 ha, das sind 70 % der Ackerfläche des Landes, mit Wintergetreide und Winterraps, d. h. bereits im Herbst bestellt. Demgegenüber nimmt sich die Hackfruchtfläche von (nur noch) 32 000 ha bescheiden aus.

Bestandsausweitung in der Milchviehhaltung gestoppt

Nach den endgültigen Ergebnissen der vom Statistischen Landesamt ausgewerteten repräsentativen Viehzählung wurden am 1. Juni 1984 in Schleswig-Holstein 1,67 Mill. Rinder – darunter 537 000 Milchkühe – gehalten.

Bei weiterhin rückläufiger Halterzahl wurden noch geringfügig mehr Rinder als im Juni 1983 gezählt. Damit wurde der bisher größte Rinderbestand bei einer Viehzählung festgestellt. Nach einer sehr starken Aufstockung des Milchkuhbestandes bis zur Dezemberviehzählung 1983 (574 000), entspricht die Zahl der Milchkühe mit 537 000 nun fast wieder dem vorjährigen Junibestand. Dieser Rückgang gegenüber der Dezemberzählung war zu erwarten, weil die Zahl der Kuhschlachtungen in den ersten sechs Monaten des Jahres um 27 % höher lag als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Bestand an weiblichen Schlacht- und Mastrindern ab 1 Jahr wurde um 17 % auf nunmehr 41 000 ausgeweitet, während die Zahl der zur Nachzucht bestimmten weiblichen Rinder ab 1 Jahr mit 327 000 um 4 % gegenüber Juni 1983 verringert wurde.



Rinder- und Schafschlachtungen erheblich ausgeweitet

Im ersten Halbjahr 1984 wurden in Schleswig-Holstein 1,39 Mill. Schweine, 219 000 Rinder und Kälber – darunter 93 000 Bullen, 82 000 Kühe und 38 000 Färsen – sowie 21 000 Schafe inländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahmen die Schlachtungen von Schweinen nur unwesentlich um 1 % zu, dagegen erhöhten sich die Schlachtungen von Rindern um 14 % und die von Schafen um 36 %. Bei den Rindern sind die höheren Schlachttierzahlen vor allem auf eine erhebliche Zunahme der Kuh- (+27 %) und Färsenschlachtungen (+16 %) zurückzuführen. Aufgrund einer seit April dieses Jahres durch Quoten begrenzten Milcherzeugung wurden – wie auch aus dem Ergebnissen der Viehzwischenzählung im Juni hervorgeht – die Milchkuhbestände abgestockt. Dagegen ließ eine anhaltend starke Ausweitung der Schafhaltung im Lande auch die Zahl der Schafschlachtungen deutlich ansteigen.

Aus dem Ausland wurden in den ersten 6 Monaten des Jahres 14 600 Schweine und 6 600 Schafe eingeführt und gewerblich geschlachtet. Die Zahl der eingeführten Schlachttiere ging dabei in Jahresfrist um jeweils annähernd die Hälfte zurück. Der Import von Schlachtrindern war unbedeutend.

Rückläufige Milcherzeugung

Im ersten Halbjahr 1984 wurden in Schleswig-Holstein 1,53 Mill. t Milch erzeugt. Dies waren 0,5 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei überstieg die Milcherzeugung im ersten Quartal noch die Vorjahresmenge um 4 %, war aber im zweiten Quartal um 3 % kleiner als vor einem Jahr. Seit der Regelung des Milchmarktes durch Erzeugungsquoten hat sich die Milcherzeugung im Vergleich zu 1983 von Monat zu Monat stetig verringert: April -1 %, Mai -2 %, Juni -5 %. Dieser Rückgang wurde – wie aus rückläufigen Kuhbestandszahlen bei der Viehzwischenzählung im Juni sowie steigenden Kuhschlachtungen in der Schlachtungsstatistik hervorgeht – vor allem durch einen Abbau des Milchviehbestandes erreicht.

Höchster Schafbestand seit 1950

Nach den endgültigen Ergebnissen der vom Statistischen Landesamt ausgewerteten repräsentativen Viehzählung wurden am 1. Juni 1984 in Schleswig-Holstein 261 000 Schafe gehalten.

Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat stieg die Zahl der Schafe um 9 % an und erreichte damit den bisher höchsten Bestand seit 1950. Der Anstieg beruht im wesentlichen auf einer Zunahme der weiblichen Zuchttiere um 14 000 oder 13 %. Aber auch bei den Jungtierbeständen (unter 1 Jahr) gab es eine Ausdehnung um knapp 7 %.



Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 1983 um 4 % gestiegen

Nach den rückläufigen Kaufwertentwicklungen für landwirtschaftliche Grundstücke in Schleswig-Holstein 1981 und 1982 konnte im Jahr 1983 wieder ein Anstieg um 4 % ermittelt werden. Der durchschnittliche Kaufwert von 22 672 DM je ha im Jahr 1982 stieg um 886 DM auf 23 558 DM je ha im Jahr 1983 an. Im Jahr 1981 war erstmals ein Rückgang um 1447 DM gegenüber dem Vorjahr 1980 ermittelt worden. 1982 verringerte sich der durchschnittliche Kaufwert nochmals um 3 732 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (ohne Gebäude, ohne Inventar).

Die Entwicklung verlief in den einzelnen Kreisen und Naturräumen unterschiedlich. Die höchsten durchschnittlichen Kaufwerte wurden mit rund 32 000 DM im Kreis Stormarn und in den Marschgebieten des Landes festgestellt. Im Kreis Ostholstein und dort besonders in den Naturräumen Nordoldenburg und Fehmarn verringerte sich der Kaufwert gegenüber dem Vorjahr erheblich. In diesem Kreis wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von rund 26 000 DM registriert.

Die Europawahl am 17. Juni 1984

Wahlrechtliche Grundlagen

Europäische Rahmenbestimmungen

Für die zweite Wahl zum Europäischen Parlament sollte eigentlich in allen Ländern ein einheitliches Wahlverfahren gelten. Das Parlament hat auch den Entwurf eines solchen Rahmengesetzes vorgelegt, der im wesentlichen folgendes anstrebt:

- Das Verhältniswahlssystem wird regionalisiert, indem sogenannte Mehrmannwahlkreise mit drei bis fünfzehn Abgeordneten eingerichtet werden
- Der Wahltermin wird begrenzt (heute: vier Tage)
- Das aktive und passive Wahlrecht wird vereinheitlicht und teilweise ausgedehnt (Wahlberechtigung innerhalb der EG).

Der Rat der EG kam jedoch Anfang 1983 nach langwierigen Vorberatungen zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, das Wahlverfahren schon 1984 zu vereinheitlichen. Es bestanden noch zu viele Meinungsverschiedenheiten und schließlich wurde die Zeit zu knapp. Es gilt also weiterhin der „Beschluß und Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“ vom 20. September 1976, der durch das Gesetz vom 4. August 1977 (BGBl. II S. 733) Gesetzeskraft hat.

Dieser Einführungsakt enthält ein Minimum an gemeinsamen materiellen Regelungen zur Durchführung der Wahl. Über das Wahlsystem wird keine Aussage gemacht. Den Mitgliedstaaten steht es also frei, zu bestimmen, ob die Abgeordneten aus einer Mehrheitswahl, einer Verhältniswahl oder einer Mischform aus beiden hervorgehen. In dem Akt wird im wesentlichen folgendes festgelegt:

- Die Zahl der Abgeordneten. Das Parlament umfaßt 434 Abgeordnete. Durch den Beitritt Griechenlands sind es 24 mehr als 1979. Auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen 81. In einem Zusatzprotokoll ist festgehalten, daß drei davon vom Berliner Abgeordnetenhaus zu wählen sind.

- Wahltermin und -zeitraum. Die Wahl findet zu einem bestimmten Termin im Zeitraum Donnerstag bis Sonntag statt.
- Wahlperiode. Die Abgeordneten werden für fünf Jahre gewählt.
- Doppelmandat. Die gleichzeitige Mitgliedschaft in einem nationalen Parlament ist erlaubt.
- Ermittlung der Wahlergebnisse. Mit der Ermittlung der Wahlergebnisse darf erst begonnen werden, wenn in allen Mitgliedsländern die Wahllokale geschlossen sind. Deshalb waren die Wahllokale bis 21 Uhr geöffnet und Wahlergebnisse wurden erst nach 22 Uhr festgestellt.

Deutsches Wahlrecht

Auch das deutsche Wahlrecht ist im wesentlichen unverändert geblieben. Es findet das „Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz – EuWG)“ vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709), geändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1577) Anwendung. Das EuWG verweist in zahlreichen Paragraphen auf das Bundeswahlgesetz. Da die erste Europawahl fünf Jahre zurückliegt, soll auf einige wahlrechtliche Bestimmungen eingegangen werden.

Wahlsystem

Abweichend von der Wahl zum Deutschen Bundestag, die nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl erfolgt, ist die Europawahl eine reine Verhältniswahl mit Listenvorschlägen. Es gibt keine Wahlkreise und folglich auch keine Wahlkreiskandidaten. Listenvorschläge können als gemeinsame Liste für alle Bundesländer (Bundesliste) oder als Liste für ein Bundesland (Landesliste) aufgestellt und eingereicht werden. Die Wahlvorschlagsberechtigten müssen sich für eine der beiden Listenformen entscheiden. Entschließen sie sich zur Einreichung von Landeslisten, so kann in jedem Bundesland nur eine Liste vorgelegt werden, dies muß aber nicht in jedem Land ge-

schehen. Die Landeslisten desselben Wahlvorschlagsberechtigten gelten bei der Sitzverteilung wie bei Bundestagswahlen als verbunden und im Verhältnis zu den Bundeslisten als eine Liste, es sei denn, der Vorschlagsberechtigte erklärt, daß eine oder mehrere Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Zur zweiten europäischen Direktwahl hatten nur die CDU verbundene Landeslisten und die CSU sowie die Bayernpartei (BP) eine Landesliste eingereicht. Alle übrigen Parteien und Vereinigungen stellten Bundeslisten auf.

Der Wähler kann sich wie bei der Abgabe der Zweitstimme bei Bundestagswahlen nur für eine Liste einer Partei oder politischen Vereinigung insgesamt entscheiden; er kann sie nicht verändern. Er hat also nicht die Möglichkeit, den Kandidaten seiner Wahl direkt zu wählen, sondern ist an die Reihenfolge der Liste gebunden.

Wahlvorschlagsrecht

Die Wahlvorschläge können nur von politischen Parteien oder sonstigen politischen Vereinigungen eingereicht werden. Zu diesen Vereinigungen gehören sowohl Zusammenschlüsse zwischen deutschen und ausländischen Parteien als auch europäische Vereinigungen und Wählervereinigungen, die sich aus Anlaß der Europawahl bilden. Einzelbewerber können nicht kandidieren.

Abgesehen davon, daß bestimmte Formvorschriften zu beachten und feste Termine einzuhalten sind, müssen bestimmte Wahlvorschläge durch Unterschriften unterstützt werden. Dies gilt für Parteien und sonstige politische Vereinigungen, die nicht im Europaparlament, im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren. Die Anzahl der Unterschriften richtet sich nach der Zahl der Wahlberechtigten bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament. Zur diesjährigen Europawahl waren in Schleswig-Holstein für eine Landesliste 1 899 Unterschriften erforderlich. Eine Bundesliste mußten mindestens 4 000 Wahlberechtigte im Bundesgebiet unterstützen. Die Landeslisten sind beim jeweiligen Landeswahlleiter und die Bundeslisten beim Bundeswahlleiter einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen den Namen der Partei und eine Kurzbezeichnung enthalten. Der Name und die Kurzbezeichnung des europäischen Zusammenschlusses können angefügt werden. Neben jedem Be-

werber kann ein Ersatzbewerber aufgeführt werden. Dies ist eine Besonderheit im deutschen Wahlrecht, die es bisher nur in Rheinland-Pfalz gibt. Im Falle des Ausscheidens des Erstbewerbers wird der Ersatzbewerber berufen und erst bei dessen Ausscheiden rückt der nächste Listenbewerber, der noch nicht für gewählt erklärt worden ist, als Kandidat nach. Ein Ersatzbewerber kann nicht mehrfach als solcher benannt werden. Dagegen ist es zulässig, einen Bewerber in zwei Landeslisten einer Partei aufzustellen. Damit soll den Bewerbern aus kleineren Ländern die Chance gegeben werden, in einem größeren Land gewählt zu werden. Kommt der Bewerber in beiden Ländern zum Zuge, so gilt er auf der Landesliste als gewählt, auf der er besser placiert ist. Deshalb und weil auf dem Stimmzettel gemäß § 15 Abs. 2 Nr. 4 EuWG nur die ersten zehn Bewerber einer Liste aufgeführt werden, sind die Namen der Bewerber in erkennbarer Reihenfolge einzureichen.

Wahlberechtigung

Die Voraussetzung für die Wahlberechtigung zur Europawahl sind im Prinzip die gleichen wie zur Bundestagswahl. Danach ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes wahlberechtigt, sofern er am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, mindestens drei Monate im Bundesgebiet wohnt und nicht vom Wahlrecht infolge Richterspruchs oder Entmündigung ausgeschlossen ist. Das Wahlrecht bleibt allerdings – abweichend vom Bundeswahlgesetz – auch dann erhalten, wenn der Wohnsitz statt im Bundesgebiet in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft liegt. Durch diese Erweiterung wird dem europäischen Charakter der Wahl Rechnung getragen.

Die im Bundesgebiet lebenden Wahlberechtigten aus anderen Mitgliedstaaten sind nicht berechtigt, an der Wahl der deutschen Abgeordneten zum Europaparlament teilzunehmen. Sie können ihre Stimme in ihren Heimatländern abgeben, sofern dort diese Möglichkeit vorgesehen ist. In Luxemburg und Großbritannien ist dies nicht der Fall und in Irland nur dann, wenn der Wahlberechtigte sich dort am Tage der Wahl aufhält. Diese Länder kennen ebenso wie Italien und Griechenland nicht die Briefwahl. Für die Italiener und die Griechen sind deshalb in der Bundesrepublik besondere Wahllokale eingerichtet worden.

Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist. Man unterscheidet dabei zwischen einer Eintragung von Amts wegen und einer Eintragung auf

Antrag. Die bei weitem meisten Wahlberechtigten werden von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen, und zwar alle jene, die am 35. Tag vor der Wahl bei einer Meldebehörde gemeldet sind. Eine Eintragung auf Antrag erfolgt beispielsweise für die Wahlberechtigten, die im europäischen Gebiet der übrigen Mitgliedstaaten wohnen, und zwar in der Gemeinde, wo sie zuletzt im Bundesgebiet gemeldet waren oder bei der Gemeindebehörde in Bonn, sofern sie noch nie im Bundesgebiet oder in Berlin gemeldet waren.

Die Voraussetzungen für das passive Wahlrecht sind dieselben wie bei Bundestagswahlen. Wählbar ist danach jeder, der seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist. Damit sind auch außerhalb der Bundesrepublik lebende Deutsche wählbar.

Sitzverteilung

Für den Wahlerfolg der Parteien und Vereinigungen ist die Gesamtzahl der gültigen Stimmen im Bundesgebiet maßgebend. Es ist dabei unerheblich, ob die Partei sich für eine Landesliste, eine verbundene Landesliste oder eine Bundesliste entschieden hat. Es werden also die für die einzelnen Listenwahlvorschläge insgesamt abgegebenen Stimmen auf Bundesebene zusammengezählt und ihr Verhältnis zueinander berechnet. Von dieser Berechnung werden wie bei Bundestagswahlen alle die Parteien ausgeschlossen, die nicht mindestens 5 % der gültigen Stimmen erhalten haben, jedoch mit dem Unterschied, daß es eine reine 5 %-Klausel ist, weil es eine Anrechnung etwa direkt errungener Sitze nicht geben kann. Diese 5 %-Sperrklausel, die einer Parteienzersplitterung vorbeugen soll, gibt es außer hierzulande nur noch in Frankreich. Für die anderen Parteien werden nach dem d'Hondtschen System der Verhältnisrechnung so viele Höchstzahlen errechnet und den Listen zugeteilt, wie Parlamentssitze zu vergeben sind. Bei Bundeslisten ist damit die Sitzverteilung bereits abgeschlossen. Bei Landeslisten muß dagegen eine weitere Verteilung ebenfalls nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren vorgenommen werden. Das folgende Beispiel soll dieses Verfahren verdeutlichen:

Im gesamten Wahlgebiet werden 100 000 gültige Stimmen abgegeben. Es kandidieren vier Parteien und es sind 10 Sitze zu verteilen. Auf die Partei A entfallen 41 600 Stimmen, auf die Partei B 33 800 Stimmen, auf die Partei C 24 000 Stimmen und auf die

Partei D 600 Stimmen. Der Stimmenanteil der Partei D liegt unter 5 %. Sie nimmt also an der Sitzverteilung nicht teil. Die Berechnung nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ergibt folgendes Bild:

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	41 600	1	33 800	2	24 000	3
2	20 800	4	16 900	5	12 000	7
3	13 866	6	11 266	8	8 000	-
4	10 400	9	8 450	10	6 000	-
5	8 320	-	6 760	-	4 800	-

Die Parteien A und B erhalten danach jeweils 4 Sitze und die Partei C 2 Sitze.

Die Partei A hat eine Bundesliste aufgestellt. Es sind also die ersten vier Kandidaten ihrer Liste gewählt. Die Partei C hat nur eine Landesliste aufgestellt. In diesem Fall sind die ersten zwei Kandidaten der Landesliste in dem entsprechenden Land gewählt. Die Partei B hat in drei Ländern des Wahlgebietes, das aus vier Ländern besteht, Landeslisten aufgestellt, die verbunden sind. Bei der Verteilung der Sitze auf die drei angenommenen Länder ist die Zahl der gültigen Stimmen maßgebend, die die Partei B in dem jeweiligen Land erhalten hat. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Partei in einem Land die 5 %-Grenze nicht übersprungen hat. Die Stimmenverteilung soll wie folgt aussehen:

Insgesamt	Land X	Land Y	Land Z
33 800	10 002	19 998	3 800

Daraus ergibt sich folgende Berechnung:

Sitzverteilung für die Partei B:

Teiler	Land X		Land Y		Land Z	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	10 002	2	19 998	1	3 800	-
2	5 001	-	9 999	3	1 900	-
3	3 334	-	6 666	4	-	-

Von den vier Sitzen der Partei B entfallen also drei auf das Land Y, einer auf das Land X und keiner auf das Land Z.

Dieses Beispiel zeigt auch gut, welche Auswirkung die im Gesetz vorgesehene automatische Listenverbindung für die Partei B hat. Wäre sie in den drei Ländern getrennt aufgetreten, so wären diese Landeslisten bei der Sitzverteilung wie drei Bundeslisten behandelt worden und sie hätte einen Sitz weniger bekommen. Die dritte Höchstzahl im Lande Y ist nämlich niedriger als die fünfte der Partei A.

Ergebnisse für Schleswig-Holstein

Wahlberechtigte

Zur Europawahl am 17. Juni 1984 waren in Schleswig-Holstein fast zwei Millionen Personen wahlberechtigt. Gut eine Million oder 52,5 % davon sind Frauen und 950 000 oder entsprechend 47,5 % sind Männer. Die Frauen sind vor allem in den älteren Jahrgängen in der Überzahl, während es in den jüngeren Jahrgängen mehr Männer als Frauen gibt. Dies führt jedoch nicht zu einem Ausgleich zwischen den Geschlechtern, weil die älteren Jahrgänge viel stärker besetzt sind. Reichlich 200 000 Personen oder jeder Zehnte konnten erstmals an einer Europawahl teilnehmen. Sie waren 1979 noch nicht 18 Jahre alt gewesen.

Gegenüber der 1. Europawahl im Jahre 1979 hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um gut 94 000 oder 5 % erhöht. Die Entwicklung verlief erwartungsgemäß in den kreisfreien Städten anders als in den Kreisen. In den kreisfreien Städten verminderte sich die Zahl der Wahlberechtigten um 2 700 oder 0,6 % und in den Kreisen stieg sie um 97 000 oder 6,9 %. Am kräftigsten war der Zuwachs in den Kreisen Segeberg (+ 10,3 %) und Stormarn (+ 9,8 %). Die größte Abnahme wies Kiel mit 1,5 % auf.

Die Wahlberechtigten teilen sich wie folgt auf:

	Anzahl	in %
Wahlberechtigte insgesamt	1 993 627	100,0
laut Wählerverzeichnis		
ohne Sperrvermerk "Wahlschein"	1 881 739	94,4
mit Sperrvermerk "Wahlschein"	111 720	5,6
laut Wahlscheinverzeichnis	30	0,0
laut besonderem Wählerverzeichnis	138	0,0

Von den gesamten Wahlberechtigten besaßen fast alle am Wahltag das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag. Sie wurden deshalb von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufgenommen. Von diesen Wahlberechtigten ließen sich 5,6 % einen Wahlschein ausstellen, der ihnen die Möglichkeit gab, entweder durch Briefwahl abzustimmen oder in einem beliebigen Wahlbezirk des Kreises oder der kreisfreien Stadt, in der der Wahlschein ausgestellt wurde, ihre Stimme abzugeben. Einen Wahlschein erhielten außerdem 30 Personen, die wahlberechtigt sind, aber nicht mehr in das Wählerverzeichnis aufgenommen werden konnten, weil die Frist abgelaufen war. Weiterhin wurden 138 Personen in ein besonderes Wählerverzeichnis aufgenommen. Es handelt sich um Deutsche, die in einem Mitgliedsstaat der EG wohnen.

Wähler

Die Beteiligung an der Europawahl 1984 war, wie befürchtet, niedriger als jemals zuvor bei einer Wahl in Schleswig-Holstein. Ein ähnliches Bild ergibt sich allerdings in allen anderen Bundesländern. Nur 57,7 % der schleswig-holsteinischen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Vor fünf Jahren sind es immerhin 65,6 % gewesen. Beinahe 850 000 Wahlberechtigte blieben der Wahl fern. Bei der 1. Europawahl sind es 650 000 gewesen und bei der Bundestagswahl 1983 nur 210 000. Geht man von den Wahlberechtigten aus, so sind die Nichtwähler mit 42,5 % die bei weitem stärkste Gruppierung und erst dann folgen CDU mit 25,2 % und SPD mit 22,7 %. Es ist nicht auszuschließen, daß es sich um eine bewußte Stimmenthaltung handelt. Diese Vermutung wird durch die ungültigen Stimmen bestätigt. Die Anzahl der ungültigen Stimmen war nämlich mit 12 000 mehr als doppelt so groß wie 1979, und die bei weitem meisten davon wurden bewußt ungültig abgegeben. Die Stimmzettel waren leer oder durchgestrichen.

Auch bei niedrigem Niveau zeigt sich das von anderen Wahlen her bekannte Bild: Die Einwohner in den Kreisen gehen häufiger zur Wahl (58,6 %) als die in den kreisfreien Städten (54,2 %), und es stehen immer wieder dieselben Kreise in der Spitzengruppe und am Ende der Wahlbeteiligungsskala. Allerdings hat der Kreis Hztg. Lauenburg (61,8 %) den Kreis Plön (61,5 %) vom ersten Platz verdrängt. Den letzten Platz nimmt aber weiterhin die kreisfreie Stadt Flensburg mit 52,8 % ein und knapp davor liegt die Landeshauptstadt Kiel mit 53,0 %.

Insgesamt ging die Wahlbeteiligung um 8,1 Prozentpunkte zurück. Erheblich über diesem Durchschnitt liegt der Rückgang in Kiel (-9,4), Ostholstein (-9,2) und Schleswig-Flensburg (-9,4). Am relativ geringsten war er in Hzgt. Lauenburg mit 6,2 Punkten.

Auf welchen Altersgruppen und auf welches Geschlecht die niedrige Wahlbeteiligung zurückzuführen ist, wird anhand von repräsentativen Wahlbezirken untersucht. Die Ergebnisse werden in dieser Zeitschrift veröffentlicht werden.

Stimmenverteilung

In Schleswig-Holstein beteiligten sich folgende Parteien und sonstige politische Vereinigungen an der Wahl:

1. CDU *Christlich Demokratische Union Deutschlands*
2. SPD *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*
3. F.D.P. *Freie Demokratische Partei*
4. GRÜNE *Die Grünen*
5. EAP *Europäische Arbeiterpartei im Verband der European Labor Party (ELP)*
6. Zentrum *Deutsche Zentrumspartei*
7. FRIEDEN *DIE FRIEDENSLISTE*
8. EFP *Europäische Förderalistische Partei – Europa Partei*
9. FRAUEN *FRAUENPARTEI*
10. NPD *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
11. ÖDP *Ökologisch-Demokratische Partei*
12. Mündige Bürger *Wählergemeinschaft mündiger Bürger*

In dieser Reihenfolge erschienen sie auch auf dem Stimmzettel. Sie ergibt sich für die sechs ersten Parteien aus ihrem Stimmanteil bei der Europawahl 1979 und für die anderen aus der alphabetischen Folge ihrer vollständigen Bezeichnung. Die CDU hatte eine Landesliste aufgestellt, und alle anderen Parteien traten mit einer Bundesliste an. Die sechs ersten Parteien hatten sich auch 1979 um Stimmen beworben und die anderen sechs Parteien traten erstmals bei einer Europawahl auf. Nicht mehr kandidierten die

Christlich Bayrische Volkspartei (C.B.V.) und die Deutsche Kommunistische Partei (DKP).

Die CDU ging zwar aus der Europawahl 1984 als stärkste Partei hervor, sie verschlechterte sich aber gegenüber der 1. Europawahl. Sie kam auf 503 000 oder 44,4 % der gültigen Stimmen. Das sind fast 91 000 Stimmen oder 3,5 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß beinahe 107 000 gültige Stimmen weniger abgegeben worden sind. Die SPD blieb zweitstärkste Partei. Sie mußte aber ebenfalls Einbußen hinnehmen. Sie erhielt 453 000 oder 39,9 % der gültigen Stimmen und verlor gegenüber 1979 über 89 000 Stimmen oder 3,8 Prozentpunkte. Der F.D.P. gaben nur knapp 51 000 oder 4,5 % der Wähler ihre Stimme. Sie rutschte damit deutlicher als im Bundesgebiet unter die 5 %-Grenze, die sie 1979 knapp überschritten hatte. Gleichzeitig mußte sie den dritten Platz an die GRÜNEN abgeben. Von den im Bundestag vertretenen Parteien konnten die GRÜNEN als einzige Partei einen Stimmenzuwachs verzeichnen. Sie verbesserten sich um fast 60 000 Stimmen auf 93 000 und ihr Anteil stieg von 2,7 % auf 8,2 %. Die GRÜNEN erreichten damit ihr bisher bestes Ergebnis in Schleswig-Holstein. Die anderen acht an der Europawahl beteiligten Parteien erhielten gemeinsam 3,0 % der gültigen Stimmen. Dabei schnitt die erstmals kandidierende FRIEDENSLISTE mit 1,1 % am besten ab, gefolgt von der NPD (0,6 %) und den FRAUEN (0,4 %).

Landesergebnis der Europawahl

	Europawahl			
	1984		1979	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Wahlberechtigte	1 993 627	X	1 899 260	X
Wähler	1 146 402	57,5	1 245 834	65,6
Ungültige Stimmen	12 284	1,1	5 037	0,4
Gültige Stimmen	1 134 118	98,9	1 240 797	99,6
davon entfallen auf				
CDU	503 128	44,4	593 840	47,9
SPD	453 021	39,9	542 360	43,7
F.D.P.	50 825	4,5	64 805	5,2
GRÜNE	93 257	8,2	33 689	2,7
EAP	1 416	0,1	948	0,1
Zentrum	1 433	0,1	478	0,0
FRIEDEN	12 537	1,1	-	-
EFP	1 796	0,2	-	-
FRAUEN	4 991	0,4	-	-
NPD	7 092	0,6	-	-
ÖDP	2 721	0,2	-	-
Mündige Bürger	1 901	0,2	-	-
C.B.V.	-	-	1 169	0,1
DKP	-	-	3 508	0,3

Die CDU liegt wie 1979 in allen Kreisen, aber in keiner kreisfreien Stadt vorn. Sie erhielt jedoch in keinem Kreis die absolute Mehrheit, während dies 1979 noch in fünf Kreisen der Fall gewesen war. Am besten schnitt die CDU in Dithmarschen (49,5 %) und in Schleswig-Flensburg (47,8 %) ab. Hier hatte sie auch 1979 ihre besten Ergebnisse erzielt. In drei der vier kreisfreien Städte, nämlich in Flensburg (37,6 %), Kiel (37,1 %) und Lübeck (39,7 %), sank ihr Anteil unter 40 %, obwohl der Rückgang in Flensburg mit 2,4 Punkten der niedrigste unter allen kreisfreien Städten war. In Plön (-5,0 Punkte) und Schleswig-Flensburg (-5,1 Punkte) war er mehr als doppelt so groß.

Die SPD verteidigte ihre Mehrheit in den kreisfreien Städten, obwohl sie hier höhere Verluste (- 4,0 Punkte) als in den Kreisen (- 3,6 Punkte) erlitt. Sie verlor aber die absolute Mehrheit in den kreisfreien Städten. Das beste Ergebnis sprang für die SPD in Kiel mit 46,7 % heraus. Demgegenüber rutschte sie in neun Kreisen unter einen Anteil von 40 %. Vor fünf Jahren ist dies nur in drei Kreisen der Fall gewesen. Am schlechtesten schnitt die SPD in Segeberg (35,2 %) und Stormarn (35,3 %) ab. In Stormarn war auch der Verlust gegenüber 1979 mit 6,2 Punkten am größten. Relativ gering waren dagegen die Verluste in Nordfriesland (- 1,1 Punkte) und Schleswig-Flensburg (- 1,5 Punkte). Dort hatte sie aber auch 1979 nicht besonders gut abgeschnitten.

Die F.D.P. mußte wie die CDU und die SPD in allen kreisfreien Städten und Kreisen Verluste hinnehmen. Sie sind zwar geringer als die der beiden großen Parteien, sie drückten sie aber bis auf Pinneberg (5,1 %), Segeberg (5,6 %) und Stormarn (5,8 %) unter die 5 %-Linie. Vor fünf Jahren hatte die F.D.P. diese Linie noch in Flensburg und fünf Kreisen übersprungen. Gleichzeitig büßte sie ihre Stellung als drittstärkste Partei in allen kreisfreien Städten und Kreisen ein. Diesen Platz haben jetzt die GRÜNEN inne.

Die GRÜNEN sind in den kreisfreien Städten (8,3 %) geringfügig stärker vertreten, als in den Kreisen (8,2 %). Am besten schnitten sie jedoch in Pinneberg mit 9,8 % und in Stormarn mit 10,7 % ab. In diesen beiden Kreisen konnten sie ihre Anteile mehr als verdreifachen. Während sie 1979 in allen kreisfreien Städten unter der 5 %-Linie geblieben waren, ist es dieses Mal nirgends der Fall. Selbst in dem für sie ungünstigsten Kreis, in Dithmarschen, liegen sie mit 5,8 % noch deutlich darüber. Unter den kreisfreien Städten kamen sie in Kiel mit 9,1 % zum besten Ergebnis.

Kreisergebnisse der Europawahl

KREISFREIE STADT Kreis	Stimmenanteile von in %			
	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
	1. Zeile: 1979			
	2. Zeile: 1984			
FLensburg	40,0 37,6	51,6 46,2	5,0 4,5	2,8 8,3
KIEL	40,7 37,1	51,0 46,7	4,7 3,7	3,0 9,1
LÜBECK	42,9 39,7	49,4 46,1	4,6 3,5	2,6 7,9
NEUMÜNSTER	43,6 40,8	49,6 45,6	4,2 3,2	2,1 6,9
Kreisfreie Städte	41,8 38,6	50,3 46,3	4,6 3,6	2,7 8,3
Dithmarschen	53,0 49,5	39,9 37,9	4,6 4,2	2,1 5,8
Hzgt. Lauenburg	49,7 46,5	42,0 37,7	5,4 4,7	2,4 8,4
Nordfriesland	51,3 46,6	38,9 37,8	6,2 4,9	3,2 7,9
Ostholstein	49,5 46,3	43,3 40,4	4,7 4,1	2,2 6,6
Pinneberg	46,6 43,9	43,6 37,9	6,1 5,1	3,0 9,8
Plön	49,3 44,3	43,1 40,6	4,3 4,2	2,8 7,8
Rendsburg-Eckernförde	50,3 46,0	41,8 39,5	4,9 4,3	2,6 7,4
Schleswig-Flensburg	52,9 47,8	39,2 37,7	4,9 4,3	2,6 7,3
Segeberg	49,7 46,4	40,3 35,2	6,6 5,6	2,9 9,5
Steinburg	50,2 46,0	42,0 39,9	4,3 4,1	3,0 7,3
Stormarn	48,3 45,1	41,5 35,3	6,7 5,8	2,8 10,7
Kreise	49,8 46,1	41,6 38,0	5,4 4,7	2,7 8,2
Schleswig-Holstein	47,9 44,4	43,7 39,9	5,2 4,5	2,7 8,2

Von den anderen Parteien kam keine auch nur in die Nähe der 5 %-Linie. Unter ihnen schnitt die FRIEDENSLISTE noch am besten ab. Sie erhielt in Neumünster 1,6 % und in Pinneberg 1,5 % der gültigen Stimmen, und in acht weiteren kreisfreien Städten und Kreisen 1 % und mehr. Knapp unter 1 % blieb noch die NPD in Lübeck (0,9 %) und Dithmarschen (0,9 %). Bemerkenswert ist, daß jede Partei mindestens 0,1 % in allen kreisfreien Städten und Kreisen erhielt.

Briefwähler

Nicht ganz 97 000 oder 8,4 % aller Wähler haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihre Stimme mittels Briefwahl abzugeben. Damit ist der Anteil geringer als bei der Europawahl 1979, als es 10,4 % gewesen sind. Die Briefwahlergebnisse zeigen, wie bei den bisherigen Wahlen, daß die Struktur dieser Wähler eine andere ist, als die der Urnenwähler. Dies wirkt sich wegen des genannten Anteils aber geringer auf die Gesamtwahlergebnisse aus, als es auf den ersten Blick erscheint.

	Urnenwähler	Briefwähler	Insgesamt
	Stimmenanteile in %		
CDU	43,7	51,1	44,4
SPD	40,9	29,9	39,9
F.D.P.	4,5	4,7	4,5
GRÜNE	8,0	10,3	8,2

Die CDU erhielt von den Briefwählern 51,1 % der Stimmen und damit 7,4 Punkte mehr als von den Urnenwählern. Ihr Gesamtergebnis stieg durch die Briefwähler aber nur um 0,7 Punkte. Bei der SPD ist es umgekehrt. Ihr Briefwähleranteil ist um 11 Punkte niedriger als ihr Urnenwähleranteil. Ihr Gesamtanteil verringerte sich aber lediglich um einen Punkt. Bei der F.D.P. wirkte sich der höhere Briefwahlanteil gar nicht aus und bei den GRÜNEN brachte er ein Plus von 0,2 Punkten. Die Abweichungen bei CDU und SPD sind darauf zurückzuführen, daß die älteren Jahrgänge häufiger von der Briefwahl Gebrauch machen als die jüngeren. Die älteren Jahrgänge wählen häufiger die CDU.

Ergebnisse für das Bundesgebiet

Von den 44,5 Millionen Wahlberechtigten gingen 25,2 Millionen oder 56,8 % zur Wahl. Die schleswig-holsteinische Wahlbeteiligung ist also anders als 1979 höher als im Bundesdurchschnitt. Sie ging im Bundesgebiet um 8,9 Punkte und in Schleswig-Holstein um 8,1 Punkte gegenüber 1979 zurück. Noch deutlicher über dem Durchschnitt war die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz (76,3 %) und im Saarland (78,4 %). In diesen beiden Ländern fand am gleichen Tage eine Kommunalwahl statt. Unter 50 % blieb die

Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg (48,2 %) und in Bayern (46,2 %). Hier ist das Interesse an der Wahl auch 1979 am niedrigsten gewesen.

Faßt man die Stimmenanteile von CDU (37,5 %) und CSU (8,5 %) zusammen, so gingen sie abermals als stärkste Gruppierung aus einer Europawahl hervor. Sie vereinigten auf sich 45,9 % der gültigen Stimmen. Gegenüber 1979 verschlechterten sie sich um 3,3 Prozentpunkte. Auch die SPD, die auf einen Stimmenanteil von 37,4 % kam, büßte Stimmenanteile ein, und zwar 3,4 Punkte. Die F.D.P. verpaßte mit 4,8 % die 5 %-Grenze, nachdem sie 1979 noch 6,0 % erhalten hatte. Sie hätte rund 50 000 Stimmen mehr erhalten müssen, um die 5 %-Grenze zu überspringen. Als einzige im Bundestag vertretene Partei konnten sich die GRÜNEN verbessern. Sie steigerten ihren Anteil um 5 Punkte auf 8,2 %. Die übrigen Parteien erzielten insgesamt 3,7 % der Stimmen. Unter ihnen schnitt die FRIEDENSLISTE mit 1,3 % am besten ab.

Bundesergebnis der Europawahl 1984

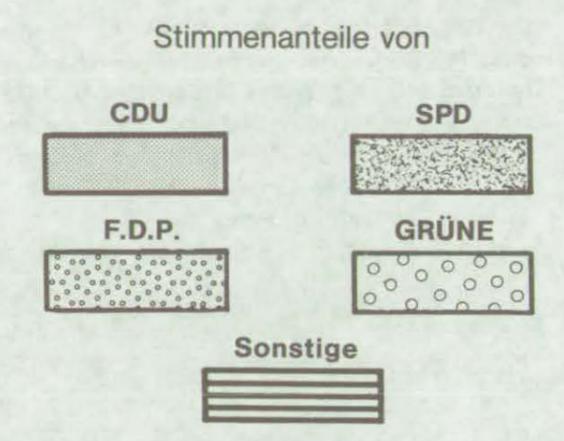
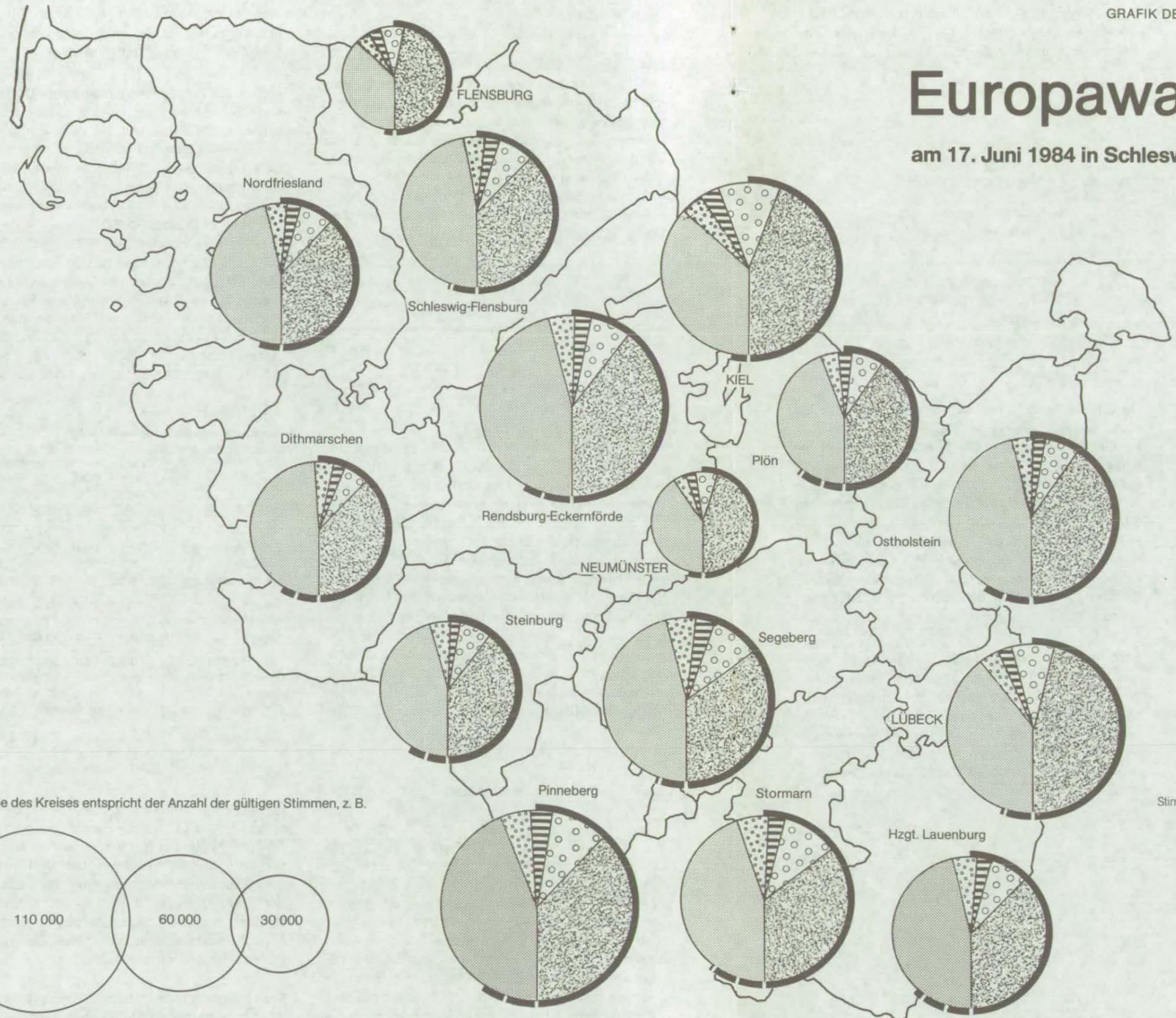
Land	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile von			
		CDU/CSU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
in %					
Schleswig-Holstein	57,5	44,4	39,9	4,5	8,2
Hamburg	58,4	36,6	42,0	4,9	12,7
Niedersachsen	61,0	43,0	40,5	4,9	8,2
Bremen	55,1	31,0	48,0	4,5	11,9
Nordrhein-Westfalen	59,4	42,8	41,7	4,2	8,0
Hessen	58,9	41,4	41,8	5,0	7,8
Rheinland-Pfalz	76,3	46,6	38,6	5,0	6,6
Baden-Württemberg	48,2	50,9	27,3	7,1	10,1
Bayern	46,2	57,2	27,6	4,0	6,8
Saarland	78,4	42,6	43,6	3,9	6,6
Bundesgebiet	56,8	45,9	37,4	4,8	8,2

Die schleswig-holsteinische CDU übertraf das Bundesergebnis der CDU um 6,9 Punkte. Sie blieb aber um 1,5 Punkte unter dem gemeinsamen Ergebnis von CDU und CSU. Die größte Resonanz fand die Union wie bisher in Süddeutschland. In Bayern errang die Landesliste der CSU 57,2 % (1979: 62,5 %) und in Baden-Württemberg die CDU-Landesliste 50,9 % (52,3 %). Unter den Flächenländern schnitt die CDU am schlechtesten in Hessen mit 41,4 % ab.

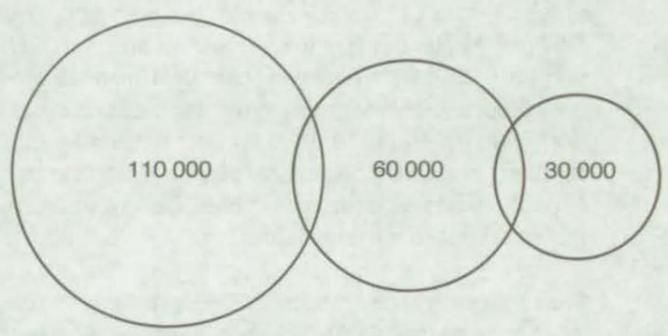
Das schleswig-holsteinische SPD-Ergebnis war um 2,5 Punkte besser als das Bundesergebnis. Am besten

Europawahl

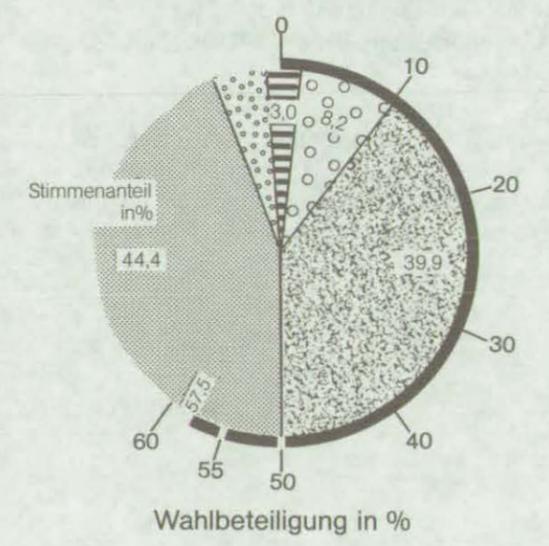
am 17. Juni 1984 in Schleswig-Holstein



Die Größe des Kreises entspricht der Anzahl der gültigen Stimmen, z. B.



Werte für Schleswig-Holstein



schnitt jedoch die SPD in Bremen mit 48,0 % (1979: 53,0 %) und im Saarland mit 43,6 % (44,0 %) ab und am schlechtesten in Baden-Württemberg mit 27,3 % (34,3 %) und Bayern mit 27,6 % (29,2 %). Neben Hamburg und Bremen stellt die SPD noch in Hessen und im Saarland die stärkste Partei. Vor fünf Jahren hatte die CDU im Saarland vorn gelegen.

Der F.D.P. half es nichts, daß sie in Hessen (5,0 %), Rheinland Pfalz (5,0 %) und Baden-Württemberg (7,1 %) die 5 %-Grenze übersprang, da sie in Nordrhein-Westfalen, dem größten Bundesland, mit 4,2 % deutlich darunter blieb. Im Saarland erhielt sie sogar nur 3,9 % der gültigen Stimmen.

Die GRÜNEN fanden den größten Anklang in Hamburg (12,7 %), Bremen (11,9 %) und Baden-Württemberg (10,1 %). Selbst in den für sie ungünstigsten Ländern, in Rheinland-Pfalz und im Saarland, kamen sie mit jeweils 6,6 % glatt über die 5 %-Grenze. Die GRÜNEN lösten die F.D.P. in allen Bundesländern als drittstärkste Partei ab.

Sitzverteilung

Von den 78 direkt gewählten deutschen Bewerbern gehören jeweils 32 der CDU und der SPD an, sowie jeweils sieben der CSU und den GRÜNEN. Außerdem waren drei Abgeordnete vom Berliner Abgeordnetenhaus mittelbar zu wählen. Von diesen stellt die CDU zwei und die SPD einen. Insgesamt ist also die Bundesrepublik durch 41 CDU/CSU-, 33 SPD- und 7 GRÜNE-Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten. Die CSU verlor einen Sitz, die SPD zwei und die F.D.P. ihre vier.

Eine Aufteilung der Abgeordneten auf die Länder ist nur bei der CDU und der CSU möglich, da SPD und GRÜNE eine Bundesliste aufgestellt haben. Ein gewählter Bewerber der SPD hat allerdings seinen Wohn-

sitz in Schleswig-Holstein. Ein entsprechender Bewerber der GRÜNEN steht erst an 11. Stelle der Liste. Er kam nicht mehr zum Zuge.

Für die Landeslisten der CDU ergibt sich folgende Verteilung:

<i>Schleswig-Holstein</i>	1
<i>Hamburg</i>	1
<i>Niedersachsen</i>	5
<i>Bremen</i>	-
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	12
<i>Hessen</i>	3
<i>Rheinland-Pfalz</i>	3
<i>Baden-Württemberg</i>	6
<i>Saarland</i>	1
<i>Insgesamt</i>	32

Die Sitzverteilung ist mit der von 1979 identisch. Auf die schleswig-holsteinische CDU entfiel also wiederum ein Sitz. Wären für die CDU 33 Sitze zu verteilen gewesen, so wäre dieser weitere Sitz an Schleswig-Holstein gefallen. Aber auch bei der gegebenen Sitzzahl hat die schleswig-holsteinische CDU den zweiten Sitz nur knapp verfehlt. In Hamburg wurden für die CDU 264 300 Stimmen abgegeben und die 2. Teilungszahl lautet in Schleswig-Holstein 251 564. Der schleswig-holsteinischen CDU fehlten also 25 000 Stimmen, um anstelle der hamburgischen CDU diesen Sitz zu erhalten.

Berechnet man die durchschnittliche Zahl der Stimmen je Abgeordneten, so zeigt sich, wie ungleichgewichtig die Sitzverteilung für die einwohnermäßig kleinen Länder bei einer so kleinen Zahl von zu verteilenden Sitzen ist. Die CDU benötigte im Durchschnitt 290 888 Stimmen für einen Abgeordneten, in Schleswig-Holstein aber 503 128 und in Hamburg nur 264 300.

Walter Dahms

Straßenverkehrsunfälle in den Kreisen

Das Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik ist zum 1. Januar 1983 novelliert worden. Dadurch ergeben sich für die Unfallstatistik folgende Änderungen:

- Bei Unfällen mit Personenschaden und schwerem Sachschaden ist festzustellen, ob die Fahrzeuginsassen angeschnallt waren. Dieser Auftrag des Gesetzgebers ist noch nicht in die Praxis umgesetzt worden, weil die damit zusammenhängenden konzeptionellen, organisatorischen und technischen Fragen kurzfristig nicht lösbar waren. Inzwischen ist damit zu rechnen, daß diese Bestimmung wieder aufgehoben wird.
- Für Zwecke der Unfallforschung dürfen die Statistischen Ämter Einzelangaben an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden und an die von ihnen bestimmten Stellen sowie an die Gemeinde des Unfallortes ohne Name und Anschrift der beteiligten Verkehrsteilnehmer übermitteln.
- Die Grenze zwischen einem leichten und einem schweren Sachschaden ist von 1 000 auf 3 000 DM heraufgesetzt worden. Als schwerer Sachschaden gilt also nunmehr ein Sachschaden von 3 000 DM und mehr.
- Die Einstufung eines Unfalles mit reinem Sachschaden ist auch von dem Vermögensschaden abhängig, der einer nur mittelbar am Unfall beteiligten Person entstanden ist. Vor 1983 richtete sich die Einstufung nur nach dem Schaden an Sachen der unmittelbar am Unfall beteiligten Personen.

nerhalb von geschlossenen Ortschaften. 1983 wurden dort insgesamt 12 400 Unfälle mit Personenschaden gezählt. Das sind ungefähr zwei Drittel aller Unfälle mit Personenschaden. Für die Unfälle mit reinem Sachschaden liegen Ergebnisse in der Aufgliederung nach der Ortslage nicht vor.

Je Unfall verunglückten 1983 1,3 Personen. Dieses Verhältnis bezeichnet man auch als Schwere der Unfälle. Innerhalb von Ortschaften war die Unfallschwere mit 1,2 Personen je Unfall etwas niedriger als auf der freien Strecke. Dort entfielen auf einen Unfall mit Personenschaden 1,5 Verunglückte. Die höhere Unfallschwere auf der freien Strecke ist überwiegend eine Folge der höheren Fahrgeschwindigkeiten im Außerortsverkehr. Sie ist möglicherweise aber auch darauf zurückzuführen, daß die Fahrzeuge im Überlandverkehr im Durchschnitt mit mehr Personen besetzt sind als im innerörtlichen Verkehr. Dies läßt sich statistisch allerdings nicht belegen.

Daß die Unfallfolgen auf der freien Strecke schwerer als innerhalb von Ortschaften sind, zeigt sich auch an der Schwere der Personenschäden. Hierunter versteht man die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten, bezogen auf zehn Leichtverletzte. Während innerorts 3,3 Getötete und Schwerverletzte auf zehn Leichtverletzte entfielen, erreichte die Schwere der Personenschäden außerorts einen Wert von 5,2. Im Landesdurchschnitt waren es 3,9 Getötete und Schwerverletzte je zehn Leichtverletzte. Dieser Wert liegt deshalb so nahe am Durchschnitt, weil innerhalb von Ortschaften erheblich mehr Unfälle mit Personenschaden geschahen als außerhalb.

Straßenverkehrsunfälle 1983 in Schleswig-Holstein . . .

Im Jahre 1983 registrierte die Polizei insgesamt rund 78 000 Unfälle auf den Straßen Schleswig-Holsteins. Davon hatten 60 000 Unfälle (76 %) lediglich Sachschäden, 18 000 Unfälle auch Personenschäden zur Folge. Bei den Unfällen mit Personenschaden verunglückten insgesamt 24 000 Personen. 519 Personen verunglückten tödlich, 6 300 Personen wurden schwer und 17 300 Personen leicht verletzt. Der größere Teil der Unfälle mit Personenschaden ereignete sich in-

... und in den Kreisen

Während die Statistik das Unfallgeschehen auf der Landesebene bis in alle Einzelheiten ausleuchtet, wird es in den Kreisen nur recht spärlich dargestellt. Prinzipiell könnten zwar die Ergebnisse der Unfallstatistik für die Kreise sachlich genau so tief gegliedert werden wie für das Land, das bundeseinheitliche Tabellenprogramm der Unfallstatistik enthält für die Kreise jedoch nur die Grundtatbestände. Die folgenden Ausführungen müssen sich daher auf wenige Aspekte des Unfallgeschehens beschränken.

Von den Unfällen auf den Straßen Schleswig-Holsteins entfällt der größere Teil auf die elf Kreise, der kleinere Teil auf die vier kreisfreien Städte (im folgenden kurz „Städte“ genannt). 1983 ereigneten sich in den Kreisen insgesamt 57 000 Unfälle, das sind 73 % aller polizeilich erfaßten Unfälle, und in den Städten rund 21 000 Unfälle.

Um das Unfallgeschehen in den Kreisen mit dem in den Städten vergleichen zu können, müßte man das Verkehrsaufkommen in den betreffenden Gebieten berücksichtigen, denn es ist klar, daß die Zahl der Unfälle mit steigendem Verkehrsaufkommen zunimmt. Leider lassen sich die Fahrleistungen¹ der Verkehrsteilnehmer nicht hinreichend genau bestimmen. Man kann daher die Frage, in welchem Umfang das Verkehrsaufkommen an der unterschiedlich hohen Unfallhäufigkeit in den einzelnen Kreisen und Städten beteiligt war, nicht beantworten. Damit bleibt auch die Frage offen, in welchem Maße die Unterschiede in der Unfallhäufigkeit noch durch andere Faktoren, wie die Länge und Qualität des Straßennetzes, die Verhaltensweisen der Verkehrsteilnehmer oder die Witterungsverhältnisse hervorgerufen worden sind. Der Kfz-Bestand ist kein geeigneter Maßstab für das Verkehrsvolumen, da er nichts über die Fahrleistungen der Verkehrsteilnehmer aussagt. Wenn ein bestimmtes Gebiet bei den Unfällen einen höheren Anteil hat als beim Kfz-Bestand, ein Beispiel hierfür ist die Stadt Kiel, so kann man daraus nur folgern, daß in diesem Gebiet zahlreiche Fahrzeuge gefahren sind, die woanders zugelassen waren.

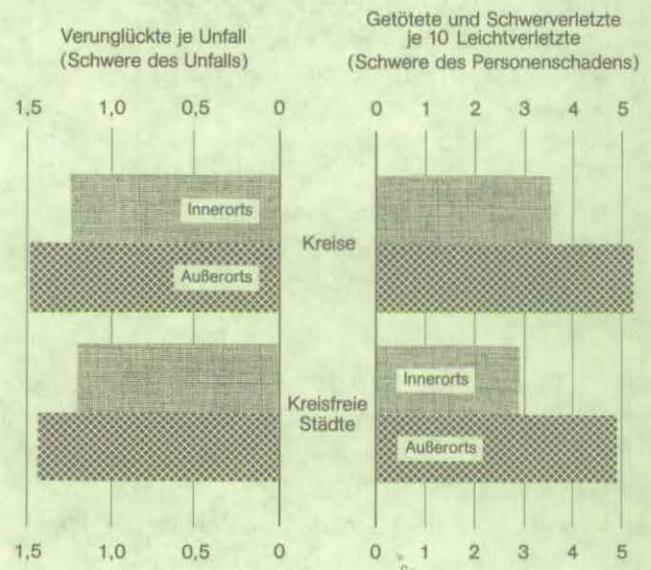
Vergleiche zwischen den Kreisen im Ganzen und den Städten im Ganzen oder zwischen einzelnen von ihnen sind uneingeschränkt möglich, wenn sie sich auf

Beziehungszahlen oder Kenngrößen stützen, die sich gegenüber dem Umfang des Verkehrsaufkommens indifferent oder zumindest weitgehend indifferent verhalten. Solche Strukturmerkmale sind der Anteil der Personenschadensunfälle an der Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden und die Schwere der Personenschäden.

Wie man der Tabelle entnehmen kann, war der Anteil der Personenschadensunfälle an der Gesamtzahl der Unfälle in den Kreisen höher als in den Städten. Er betrug in den Kreisen 25 %, in den Städten nur 20 %. Darin drücken sich die im Durchschnitt höheren Fahrleistungen in den Kreisen aus, die aus dem dort vergleichsweise hohen Anteil des Überlandverkehrs resultieren. Der unterschiedlich hohe Anteil des Nicht-Innerortsverkehrs zeigt sich darin, daß in den Kreisen 40 % der Unfälle mit Personenschaden auf die freie Strecke entfallen, in den Städten aber nur 7 %.

Unfälle mit Personenschaden 1983

D 5391 Stat. LA S-H



Straßenverkehrsunfälle 1983

	Alle Unfälle		Darunter mit Personenschaden	
	Anzahl	%	Anzahl	% aller Unfälle
Kreise	57 007	73	14 050	25
Kreisfreie Städte	21 209	27	4 344	20
Zusammen	78 216	100	18 394	24

1) Dies Wort wurde gewählt, obwohl hierin nicht zum Ausdruck kommt, daß es auch auf die Fußgänger und deren „Gehleistung“ ankommt

Interessant ist, daß die Unfallfolgen in den Kreisen sowohl innerorts als auch außerorts schwerer sind als in den Städten. So entfielen 1983 im Innerortsverkehr der Kreise auf einen Unfall mit Personenschaden 1,24 Verunglückte, im Innerortsverkehr der Städte 1,21 Verunglückte. Bei der Schwere der Personenschäden ergibt sich für die Kreise innerorts ein Wert von 3,5, für die Städte ein Wert von 2,9. Dies deutet darauf hin, daß die Fahrgeschwindigkeiten in den Kreisen generell höher sind als in den Städten. Im Fall der Unfallschwere mag dies allerdings auch auf einer durchschnittlich höheren Besetzung der verunglückten Fahrzeuge in den Kreisen beruhen.

Von allen Kreisen wies die Landeshauptstadt Kiel 1983 die höchste Unfallzahl auf. Die Polizei meldete insgesamt 8 706 Unfälle. Das sind 11 % der im gesamten Land 41 % und der in den Städten registrierten Unfälle. Sehr hoch liegen die Unfallziffern auch in der Hansestadt Lübeck. Dort ereigneten sich 1983 insgesamt 7 462 Unfälle. Lübeck liegt damit hinter Kiel und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde an dritter Stelle. Neumünster und Flensburg rangieren dagegen am unteren Ende der Unfallskala. Darin zeigt sich das sehr unterschiedliche Verkehrsvolumen in den vier kreisfreien Städten. Der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Unfälle liegt in

Straßenverkehrsunfälle 1983 in den kreisfreien Städten

	Alle Unfälle		Darunter mit Personenschaden	
	Anzahl	%	Anzahl	% aller Unfälle
Kiel	8 706	41	1 724	20
Lübeck	7 462	35	1 498	20
Neumünster	2 632	12	610	23
Flensburg	2 409	11	512	21
Zusammen	21 209	100	4 344	20

allen vier Städten niedriger als im Landesdurchschnitt, in Neumünster allerdings nur unwesentlich. Im Fall Neumünsters beruht dies im wesentlichen auf dem hohen Anteil des Außerortsverkehrs. Hinsichtlich der Unfallschwere liegen die kreisfreien Städte nicht weit auseinander. Die Zahl der Verunglückten je Unfall schwankte 1983 zwischen 1,21 in Lübeck und 1,25 in Flensburg und Neumünster. Größer waren die Unterschiede bei der Schwere der Personenschäden. So entfielen in Lübeck auf zehn Leichtverletzte 3,9 Getötete und Schwerverletzte, in Kiel aber nur 2,5 Getötete und Schwerverletzte.

Von den Kreisen hatte Rendsburg-Eckernförde 1983 die höchsten Unfallzahlen. Dann folgen Ostholstein und Segeberg. Die geringsten Unfallzahlen meldeten 1983 die Kreise Dithmarschen und Steinburg. Auffällig ist der hohe Anteil der Unfälle mit Personenschaden in Nordfriesland und Pinneberg. Die Frage, woran dies liegt, ob dort etwa schneller oder leichtfertiger gefahren wird als im Landesdurchschnitt, die Anschlagnquote niedriger ist oder ob es nur am Zufall lag, kann mit Hilfe des vorhandenen Materials nicht beantwortet werden. Bei der Schwere der Unfälle lag 1983

Straßenverkehrsunfälle 1983 in den Kreisen

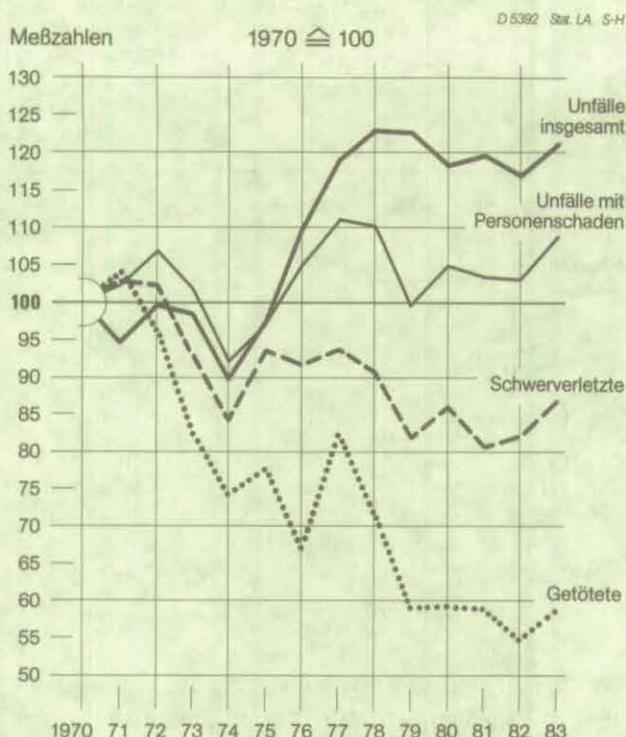
	Alle Unfälle		Darunter mit Personenschaden	
	Anzahl	%	Anzahl	% aller Unfälle
Rendsburg-Eckernförde	7 782	14	1 802	23
Ostholstein	6 860	12	1 576	23
Segeberg	6 676	12	1 706	26
Pinneberg	6 020	11	1 712	28
Stormarn	5 325	9	1 220	23
Schleswig-Flensburg	4 468	8	1 109	25
Nordfriesland	4 297	8	1 234	29
Hzgt. Lauenburg	4 007	7	956	24
Plön	3 925	7	911	23
Dithmarschen	3 895	7	960	25
Steinburg	3 752	7	864	23
Zusammen	57 007	100	14 050	25

Schleswig-Flensburg an der Spitze der Kreise. Dort verunglückten im Durchschnitt 1,41 Personen je Unfall mit Personenschaden. Den günstigsten Wert wies Pinneberg mit 1,24 Verunglückten je Unfall auf. Bei der Schwere der Personenschäden schnitt Dithmarschen am schlechtesten ab. Dort entfielen 1983 auf 10 Verunglückte 6,1 Getötete und Schwerverletzte. In Segeberg, dem Kreis mit dem günstigsten Ergebnis, waren es nur 3,1 Getötete und Schwerverletzte.

Entwicklung des Unfallgeschehens in Schleswig-Holstein...

Langfristig gesehen hat die Zahl der Unfälle auf den Straßen Schleswig-Holsteins – wie im ganzen Bundesgebiet – zugenommen. Während die Polizei 1970 insgesamt rund 64 000 Unfälle registrierte, wurden 1983 78 000 Unfälle gezählt. 1983 ereigneten sich damit 14 000 Unfälle mehr (+ 21 %) als 1970. In dem betrachteten Zeitraum hat sich die Unfallkurve jedoch nicht kontinuierlich, sondern zyklisch bewegt. Nach 1970 ergibt sich zunächst eine rückläufige Entwicklung, die bis 1974 reicht. Daran schließt sich eine Phase steigender Unfallzahlen an, deren Gipfel im Jahre 1978 liegt. 1978 ist zugleich das Jahr mit der bisher höchsten Unfallzahl. Ab 1978 sind die Unfallzahlen unter leichten jährlichen Schwankungen wieder etwas zurückgegangen. Allerdings war das Unfallniveau 1983 höher als in den drei Jahren davor, worin sich möglicherweise schon wieder eine Wende zum Negativen ankündigt.

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte seit 1970



Paralell zur Gesamtzahl der Unfälle hat sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden seit 1970 erhöht. Deren Kurve verlief jedoch flacher als die Kurve aller Unfälle. So war die Zahl der Unfälle mit Personenschaden 1983 nur um 9 % höher als im Jahre 1970, wobei sich innerhalb von Ortschaften mehr Unfälle (+ 18 %), auf der freien Strecke dagegen weniger Unfälle (- 6 %) ereigneten. Die Zahl der Verkehrstoten und der Schwerverletzten ist im betrachteten Zeitraum zurückgegangen. Während 1970 noch 882 Personen im Straßenverkehr getötet wurden, waren 1983 nur noch 519 Unfalltote (- 41 %) zu beklagen. Die Zahl der Schwerverletzten verringerte sich von 7 236 im Jahre 1970 auf 6 300 im Jahre 1983, d. h. um 13 %. Die Zahl der Leichtverletzten erhöhte sich demgegenüber von 15 964 auf 17 292. Dies entspricht einer Zunahme um 8 %. Die Kurve für die Leichtverletzten deckt sich weitgehend mit der Kurve für die Unfälle mit Personenschaden. In der Grafik ist daher die Entwicklung der Leichtverletztenzahl nicht dargestellt.

...und in den Kreisen

Zunächst ist festzustellen, daß die Unfallzahlen sowohl in den Kreisen als auch in den Städten gestiegen sind. Die Zahl der Unfälle nahm in den Kreisen allerdings wesentlich stärker zu als in den Städten. Vergleicht man das Unfallgeschehen in den Jahren 1970 und

1983, ergeben sich folgende Entwicklungen: Während sich in den Kreisen 1983 26 % mehr Unfälle ereigneten als 1970, wurden in den Städten nur 11 % mehr Unfälle registriert. Auch bei den Unfällen mit Personenschaden zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. So nahm die Zahl der Unfälle mit Personenschaden in den Kreisen um 12 % zu, in den Städten dagegen nur um 1 %. Diese Entwicklungsunterschiede treten auch dann auf, wenn man statt des Jahres 1970 ein anderes Bezugsjahr wählt. Die Ergebnisse hängen also nicht von der Wahl des Bezugsjahres ab.

Von allen Kreisen weist Segeberg die ungünstigste Unfallentwicklung auf. Die Zahl der Unfälle insgesamt ist dort um mehr als 50 % angestiegen. Auch bei den Unfällen mit Personenschaden steht Segeberg mit plus 33 % an der Spitze aller Kreise. Überdurchschnittlich stark entwickelte sich die Zahl der Unfälle auch in Ostholstein, Plön, Rendsburg-Eckernförde und Lauenburg. In Lauenburg lag die Zuwachsrate allerdings nur minimal über dem Durchschnitt der Kreise. Die übrigen liegen günstiger als der Durchschnitt. Am besten schnitt Nordfriesland ab. Dort stieg die Zahl der Unfälle nur um 2,5 %. Nordfriesland ist allerdings der einzige Kreis, wo die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stärker als die Gesamtzahl der Unfälle angewachsen ist. Weniger Unfälle mit Personenschaden registrierte die Polizei nur in Stormarn und Steinburg.

Die Entwicklung des Unfallgeschehens in den kreisfreien Städten und Kreisen

	Alle Unfälle	Darunter mit Personenschaden
	Veränderung 1983 gegenüber 1970 in %	
LÜBECK	+ 13,3	- 4,5
KIEL	+ 12,3	+ 8,2
NEUMÜNSTER	+ 9,5	0,0
FLENSBURG	- 1,5	- 2,7
Kreisfreie Städte zusammen	+ 10,6	+ 1,1
Segeberg	+ 53,7	+ 33,2
Ostholstein	+ 40,3	+ 18,9
Plön	+ 37,3	+ 20,8
Rendsburg-Eckernförde	+ 28,3	+ 13,1
Hzgt. Lauenburg	+ 26,0	+ 8,4
Stormarn	+ 24,3	- 3,7
Steinburg	+ 21,5	- 5,0
Dithmarschen	+ 21,4	+ 14,7
Pinneberg	+ 15,0	+ 10,9
Schleswig-Flensburg	+ 12,7	+ 6,0
Nordfriesland	+ 2,5	+ 10,8
Kreise zusammen	+ 25,8	+ 11,9

Auch in den Städten entwickelte sich das Unfallgeschehen unterschiedlich. Während aber in Lübeck, Kiel und Neumünster die Gesamtzahl der Unfälle höher war als 1970, ergibt sich für Flensburg ein Rückgang. Flensburg war damit der einzige Kreis in Schleswig-Holstein mit einer geringeren Unfallzahl. Bei den Unfällen mit Personenschaden weist von den kreisfreien Städten nur Kiel einen Anstieg auf. Dort nahm

die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 8,2 % zu. Lübeck und Flensburg verzeichneten 1983 weniger Unfälle mit Personenschaden als 1970, in Neumünster blieb die Zahl gleich.

Karlheinz König

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht H I 1-j/83

Kurzberichte

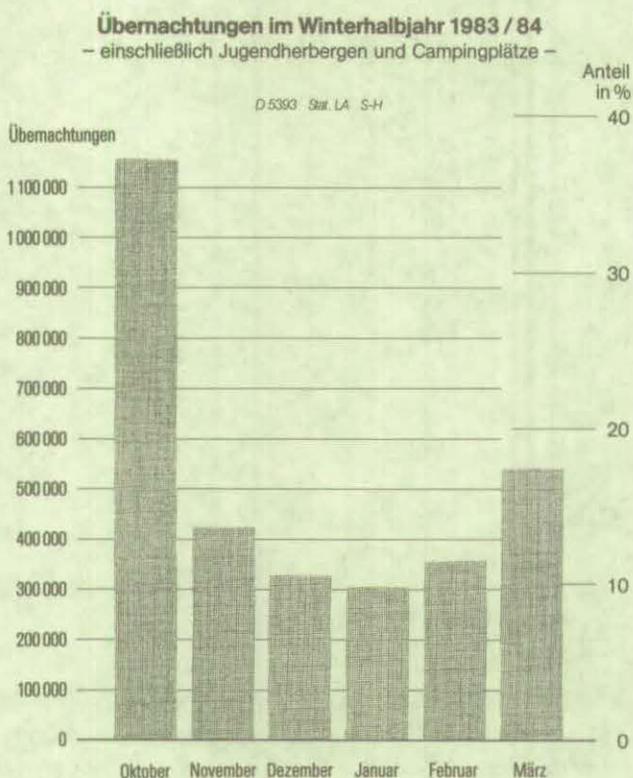
Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1983/84

Im Winterhalbjahr 1983/84 (1. Oktober 1983 bis 31. März 1984) wurden in Schleswig-Holstein in den Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten (einschließlich Kinderheime, ohne Jugendherbergen) 713 000 Gästeankünfte und 2,85 Mill. Übernachtungen gezählt. Dazu kommen noch 42 000 Gästeankünfte und 119 000 Übernachtungen in Jugendherbergen sowie 70 000 Gästeankünfte und 147 000 Übernachtungen auf Campingplätzen, überwiegend von Dauercampern. Beherbergungsstätten, Jugendherbergen und Campingplätze zusammen erreichten 825 000 Gästeankünfte und 3,1 Mill. Übernachtungen. Aus dem Ausland kamen im Winterhalbjahr 1983/84 insgesamt, d.h. einschließlich der Auslandsgäste in Jugendherbergen und auf Campingplätzen, 78 000 Gäste nach Schleswig-Holstein. Das entspricht einem Anteil von knapp 10 %. Bei den Übernachtungen war der Anteil der Ausländer nur halb so groß. Der geringere Übernachtungsanteil macht deutlich, daß sich die Ausländer in Schleswig-Holstein nicht so lange aufgehalten haben wie die Inländer. Während die Gäste aus dem Inland im Winterhalbjahr 4,0 Tage geblieben sind, verweilten die ausländischen Gäste im Durchschnitt nur 1,9 Tage in Schleswig-Holstein.

Von den Gemeindegruppen verzeichneten die Nordseebäder die meisten Übernachtungen. Insgesamt wurden dort 807 000 Übernachtungen (einschließlich Jugendherbergen und Campingplätze) gezählt. Die Ostseebäder schnitten allerdings kaum schlechter ab. Sie erreichten 802 000 Übernachtungen. Dahinter folgten die nicht-prädikatisierten Gemeinden (ohne Großstädte) mit 683 000 Übernachtungen, die Heilbäder und Kneippkurorte mit 363 000 Übernachtungen, die Großstädte Kiel und Lübeck mit 207 000 Übernachtungen, die Erholungsorte mit 150 000 Übernachtungen und am Schluß die Luftkurorte mit 103 000 Übernachtungen.

Die Betriebsarten waren am Übernachtungsaufkommen unterschiedlich beteiligt. Wenn man von den Campingplätzen absieht, lagen die Sanatorien mit 652 000 Übernachtungen an der Spitze der Betriebsarten. Dicht dahinter rangierten die Hotels mit 626 000 Übernachtungen. An dritter Stelle folgten die Erholungsheime mit 566 000 Übernachtungen. Auf die drei genannten Betriebsarten zusammen entfielen fast zwei Drittel der Übernachtungen in den Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten. Die Ferienhäuser und Ferienwohnungen, die im Sommerhalbjahr die Rangfolge der Betriebsarten anführen (mehr Übernachtungen im Sommerhalbjahr erreichen nur die Campingplätze), kamen auf 421 000

Übernachtungen. Hotels garnis und Gasthöfe verbuchten im Winterhalbjahr 280 000 und 218 000 Übernachtungen. 88 000 Übernachtungen waren es in den Pensionen.



Die Verteilung der Übernachtungen auf die sechs Monate des Winterhalbjahres zeigt den gewohnten hufeisenförmigen Verlauf. Der Tiefpunkt der Nachfrage lag im Winterhalbjahr 1983/84 im Januar mit 305 000 Übernachtungen gleich 10 % der Übernachtungen in allen sechs Monaten. Am besten schnitt der Oktober mit 1,2 Mill. Übernachtungen (37 %) ab. Die geringste Saisonausprägung weisen die Heilbäder und Kneippkurorte auf. In dieser Gruppe war der Dezember mit einem Anteil von 13 % der schlechteste Monat. Einen relativ günstigen Saisonverlauf weisen auch die Großstädte und die sonstigen Gemeinden auf. Hier sorgt im wesentlichen der Geschäftsreiseverkehr für eine verhältnismäßig gleichmäßige Bettenauslastung. In den Großstädten verhindern auch die Kurzurlauber – vorwiegend aus Dänemark und Schweden – ein allzu starkes Durchsacken der Beherbergungsumsätze in den nachfrageschwachen Monaten. Die Erholungsorte, die Seebäder und die Luftkurorte unterliegen im Durchschnitt stärkeren saisonalen Einflüssen als z.B. die Heilbäder. Am ausgeprägtesten war der Saisonverlauf in den Erholungsorten. Dort entfielen auf den Oktober mehr als die Hälfte der Übernachtungen im gesamten Winterhalbjahr, auf den Januar und den Februar dagegen jeweils nur 7 %.

Gegenüber dem Winterhalbjahr 1982/83 verringerte sich die Gesamtzahl der Gästeankünfte um 3,4 %, die Gesamtzahl der Übernachtungen um 1,7 %. Die Zahl der ausländischen Gäste nahm demgegenüber um 3,4 % zu. Der stärkere Gästezustrom aus dem Ausland hat sich allerdings nicht in einem höheren Übernachtungsaufkommen der Ausländer niedergeschlagen. Im Gegenteil: Die Zahl der Übernachtungen von Ausländern ging überdurchschnittlich stark zurück, und zwar um 2,5 %. Der Aufenthalt der Ausländer war folglich deutlich kürzer als im Winterhalbjahr davor.

Zu der rückläufigen Entwicklung trugen hauptsächlich die Campingplätze und die Jugendherbergen bei. Dort nahm die Zahl der Übernachtungen um 15 % und 11 % ab. In den Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten kam es dagegen zu einem nur geringfügigen Übernachtungsrückgang (– 0,4 %).

Übernachtungen im Winterhalbjahr 1983/84
 – einschließlich Jugendherbergen und Campingplätze –

	Zahl der Übernachtungen in 1 000	Veränderung gegenüber 1982/83 in %
Nordseebäder	807	– 5,7
Ostseebäder	802	+ 6,5
Gemeinden ohne Prädikat (ohne Großstädte)	683	– 3,7
Heilbäder	363	+ 0,8
Großstädte	207	– 4,4
Erholungsorte	150	– 7,6
Luftkurorte	103	– 6,8
Zusammen	3 114	– 1,7

Für die geringeren Übernachtungszahlen war u.a. die unterschiedliche Lage des Osterfestes in den Jahren 1983 und 1984 verantwortlich. Da Ostern im Jahre 1984 sehr spät lag, kam der Osterreiseverkehr überwiegend dem April zugute. Im Jahre 1983 war Ostern Anfang April, dadurch entfiel ein großer Teil des Osterreiseverkehrs noch auf den März. Ein abschließendes Urteil über die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Winterhalbjahr ist daher nur unter Einschluß der Zahlen für den April möglich. Die zeitliche Verschiebung des Osterreiseverkehrs war für die geringeren Übernachtungszahlen in den Betrieben mit 9 und mehr Betten vermutlich sogar die entscheidende Ursache, denn das Übernachtungsaufkommen der Betriebe (ohne Jugendherbergen) war nur im März rückläufig. Macht man die Rechnung ohne den März, ergibt sich eine Übernachtungsplus von 4,9 %.

Mit mehr Übernachtungen konnten die Ostseebäder und die Heilbäder aufwarten. In den Ostseebädern stieg die Zahl der Übernachtungen immerhin um 6,5 %. Dieses Ergebnis resultiert aus den hohen Übernachtungsgewinnen der Betriebe im Zeitraum von November bis Februar, die auf einige Großveranstaltungen in dieser Zeit zurückzuführen sind. Die prozentual höchsten Übernachtungseinbußen gab es in den Erholungs-

orten mit - 7,6 %. Allein im März war die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 % zurückgegangen. Ein so schwaches März-Ergebnis wies keine andere Gemeindegruppe auf.

Karlheinz König

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht G IV 1- hj 2/83.

Kaufwerte für Bauland

Bauland ist ein sehr heterogenes Wirtschaftsgut, dessen Wert - außer von der jeweiligen Lage, der Beschaffenheit und dem Verwendungszweck - vornehmlich vom großräumigen Baugebiet (z.B. Großstadt, Stadtumland, Fremdenverkehrsgebiet, ländlicher Bereich) bestimmt wird. Die vielfältigen Bewertungskriterien führen zu so unterschiedlichen Preisen für die Einzelgrundstücke, daß hier nur von durchschnittlichen "Kaufwerten" aller einbezogenen Grundstücke gesprochen werden kann. Diese können lediglich als grober Anhalt angesehen werden; sie sind für einen zeitlichen Vergleich nur unter bestimmten Voraussetzungen geeignet.

Selbst wenn von einigen meldepflichtigen Finanzämtern nicht alle Kauffälle gemeldet wurden, trifft doch wohl zu, daß sich der rückläufige Trend bei der Größe der Flächenveräußerungen fortgesetzt hat. Die verkauften Flächen baureifen Landes gingen um fast 8 %, die des Rohbaulandes um fast 5 % zurück. Erstmals seit 1962 sind die Kaufwerte für baureifes Land nicht nur in einzelnen Kreisen sondern auch im Landesdurchschnitt zurückgegangen (- 1,1 %). Damit könnte sich die These bestätigen, daß eine längerfristige Abnahme der umgesetzten Flächen Indikator für Preisberuhigungen oder sogar -minderungen ist, die allerdings mit einem gewissen Timelag folgen, weil die Nachfrager zwar nur geringere Preise bereit sind zu bewilligen, die Anbieter aber, nicht zuletzt aufgrund permanenter Preisanstiege in der Vergangenheit, nur zögernd die geringeren Gebote akzeptieren. Der Timelag dürfte um so ausgeprägter sein, je stärker sich die Vorstellung von stetig steigenden Preisen auf einem Markt verfestigt hat.

Unterschiede in den Kaufwerten der großräumigen Baugebiete können annäherungsweise aus den Werten für die Kreise und kreisfreien Städte abgeleitet werden. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Einfluß von extrem hohen/niedrigen Preisen für einzelne Objekte die Durchschnittswerte stark beeinflusst, besonders bei sinkender Zahl der Kauffälle. Deshalb sind auch die nachstehenden relativen Veränderungen nicht als Beschreibung von kleinräumlichen Entwicklungen zu werten. Sie geben die zufällige Konstellation zwischen den beschriebenen Jahren wieder und können schon im nächsten Jahr ganz anders aussehen.

Kaufwerte von baureifem Land 1983 und 1982

KREISFREIE STADT Kreis	Fälle	Fläche in 1000 m ²	Kaufwert in DM je m ²	
			1983	dagegen 1982
FLENSBURG	30	21,4	132,05	172,94
KIEL	70	98,0	282,27	190,46
LÜBECK	28	41,3	154,61	169,41
NEUMÜNSTER	42	35,1	87,80	90,20
Dithmarschen	247	237,5	57,38	39,60
Hzgt. Lauenburg	168	174,4	97,83	104,24
Nordfriesland	258	300,2	143,44	109,79
Ostholstein	179	157,1	85,35	103,97
Pinneberg	101	99,9	188,22	180,48
Plön	210	190,2	113,44	111,77
Rendsburg-Eckernförde	304	241,0	112,92	111,71
Schleswig-Flensburg	306	264,3	58,44	58,57
Segeberg	164	183,3	106,42	99,53
Steinburg	138	129,4	55,65	63,08
Stormarn	257	215,0	197,30	190,27
Schleswig-Holstein	2502	2388,2	116,95	118,24

Die ausgeprägtesten Zunahmen der durchschnittlichen Kaufwerte von 1982 auf 1983 waren in Kiel (48 %), Dithmarschen (45 %) und Nordfriesland (31 %) zu verzeichnen, moderate Steigerungen sind für die Kreise Segeberg (6,9 %), Pinneberg (4,3 %) und Stormarn (3,7 %) auszuweisen. Annähernd konstant blieben die Kaufwerte in den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg. Zu stärkeren Abschlägen kam es in Flensburg (-24 %) und Lübeck (-9 %) sowie in den Kreisen Ostholstein (-18 %), Steinburg (-12 %) und Hzgt. Lauenburg (-6 %).

Der oben angesprochene verzerrende Einfluß von Extremwerten auf die Durchschnittswerte wird besonders deutlich, wenn das Ergebnis für den Kreis Dithmarschen näher analysiert wird. Werden knapp

2% der umgesetzten Flächen mit auffällig aus dem Rahmen fallenden Kaufwerten aus der Durchschnittsberechnung herausgenommen, dann ergibt sich ein durchschnittlicher Kaufwert für das Kreisgebiet, der 15% unter dem ausgewiesenen liegt. Entsprechendes gilt für das Ergebnis des Kreises Nordfriesland. Werden einige Kauffälle, deren Flächen gut 6% der insgesamt im Kreis umgesetzten Flächen entsprechen, wegen ihrer untypischen Preise aus der Berechnung herausgelassen, so liegt der dann ermittelte Durchschnittswert noch deutlich unter dem für das Vorjahr ausgewiesenen Kaufwert. Diese Beispiele verdeutlichen, wie zufallsbedingt einige der ausgewiesenen Werte sind.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1–5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p — vorläufige Zahl
- r — berichtigte Zahl
- s — geschätzte Zahl
- D — Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung	
Reiseziel Schleswig-Holstein	6/106
Gesundheitswesen	
Kinderunfälle	7/114
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler 1982	2/18
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Regionale Verbreitung von Feldfrüchten	1/1
Feldfruchternte 1983	2/22
Gartenbau	3/30
Binnenfischerei	3/37
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe	1/12
Energieverbrauch der Industrie	7/122
Versorgung und Verbrauch	
Ausstattung der Haushalte	6/98
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1983	4/49
Der Hamburg-Nachbarräum bis 1995	5/86

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang . Heft 8 . Aug. 1984

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 620	2 618	2 617	2 618	2 617	+)
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 201	1 237	843	2 030	1 417	1 014	1 135
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,5	5,7	3,9	9,1	6,6
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 040	1 956	1 938	1 999	1 945	1 870	1 972
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,3	9,0	9,0	9,0	9,0
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 633	2 585	2 523	2 532	2 581	2 733	2 602
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,1	11,9	11,7	11,4	12,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	21	19	13	16	21	20	16
	je 1 000 Lebendgeborene	10,3	9,7	6,7	8,0	10,8	10,7	8,1
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 593	- 629	- 585	- 533	- 636	- 863	- 630
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,7	- 2,9	- 2,7	- 2,4	- 3,0
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 589	5 436	5 876	4 936	5 361
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 082	4 937	5 084	4 079	5 293
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 507	+ 499	+ 792	+ 857	+ 68
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 835	10 095	10 625	8 760	9 875
Wanderungsfälle	Anzahl	20 506	20 468	21 585	17 775	20 592
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	139	140	150	119	141
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	91	107	105	99	99	115	107	101	102
darunter *Männer	1 000	54	62	62	58	56	69	64	59	59
Kurzarbeiter	1 000	15,4	17,1	21,2	14,5	9,3	21,9	16,1	12,7	8,4
darunter Männer	1 000	12,2	14,2	17,7	11,9	7,3	19,9	14,6	10,8	7,0
Offene Stellen	1 000	3,7	2,5	3,3	3,4	3,2	3,8	3,3	3,2	3,0
LANDWIRTSCHAFT										
VIHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 616 ^a	.	.	1 660	.	.	.	1 666
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	541 ^a	574 ^a	.	.	538	.	.	.	537
*Schweine	1 000	1 740 ^a	1 733 ^a	1 836	.	.	.	1 783	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	190 ^a	197	.	.	.	194	.	.
darunter *trächtig	1 000	131 ^a	128 ^a	130	.	.	.	126	.	.
SCHLACHTUNGEN VON INLANDTIEREN										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	37	38	31	31	31	39	35	39	30
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	236	238	224	245	236	239	232	235	229
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	3	2	2	4	3	2	2
*SCHLACHTMENGEN⁵⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN (ohne Geflügel)										
	1 000 t	29,4	29,8	27,0	28,6	27,9	29,7	28,4	29,8	26,7
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,4	10,5	8,6	8,6	8,7	10,6	9,5	10,5	8,2
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,8	19,0	18,1	19,8	19,0	18,9	18,8	19,1	18,2
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR										
Rinder (ohne Kälber)	kg	283	284	282	279	280	276	270	272	274
Kälber	kg	102	106	109	104	100	105	108	104	108
Schweine	kg	81	81	82	82	81	81	81	81	80
GEFLOGEL										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	125	164	235	175	133	202	209	198	151
*für Legehennenküken für Masthühnerküken	1 000	1 156	1 033	13 07	1 203	1 099	989	1 097	870	1 201
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	902	817	843	867	837	787	668	765	713
*MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	215	229	277	288	255	p 273	p 275	p 282	p 243
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	98	99	99	p 97	p 98	p 99	p 99
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	r 13,3	13,5	16,6	16,7	15,3	p 15,3	p 16,0	p 15,8	p 14,1

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1982/83 = 5 c) Winterhalbjahr 1983/84 = 6

+ Die bereits veröffentlichten Zahlen über Wanderungen sowie das Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung für die Monate Februar und März müssen aufgrund fehlerhafter Auswertungen berichtigt werden und können erst mit der nächsten Veröffentlichung erscheinen.

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	174	166	165	165	r 166	162	162	163	164
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	121	114	113	113	114	112	111	112	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	17 312	16 254	16 177	16 076	16 403	16 833	15 495	16 534	15 593
*Löhne (brutto)	Mill. DM	309,8	301,7	282,2	297,8	309,4	275,5	294,6	297,7	302,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	198,5	202,7	190,2	r 205,2	r 212,5	192,9	197,4	205,4	212,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 420	1 559	1 363	1 373	1 460	2 210	1 435	1 463	1 545
aus dem Inland	Mill. DM	1 039	1 071	917	1 037	1 090	1 719	989	1 020	1 075
aus dem Ausland	Mill. DM	380	488	446	336	370	490	446	443	470
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 802	2 849	2 804	2 726	2 913	2 905	2 902	3 247	3 014
inlandsumsatz	Mill. DM	2 261	2 319	2 273	2 239	2 422	2 370	2 250	2 447	2 378
*Auslandsumsatz	Mill. DM	541	529	531	487	491	536	653	800	636
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	22	19	23	25	17	20	21	19	15
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	35,9	40,2	44,6	45,6	37,8	49,0	39,9	42,9	38,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	66	66	68	50	95	83	79	73
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8	9	7	6	19	8	7	6
*schweres Heizöl	1 000 t	66	57	58	61	44	76	74	72	68
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	220	222	222	226	208	249	236	237	230
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	31	25	21	23	21	21	19	18	20
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
BAUHAUPTGEWERBE⁶⁾ (Ab März 1984 vorläufige Ergebnisse)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	48 965	49 160	48 694	49 519	50 252	46 957	47 503	47 596	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	5 473	5 518	6 136	6 759	5 052	5 213	6 285	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 290	2 346	2 359	2 645	2 916	2 169	2 211	2 659	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 092	1 176	1 181	1 242	1 400	1 133	1 136	1 293	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 835	1 765	1 795	2 033	2 214	1 646	1 744	2 170	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	107,3	112,1	111,8	126,7	132,3	98,3	112,0	131,8	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,8	19,2	17,5	18,4	20,3	17,8	18,4	19,4	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	358,6	376,1	305,2	341,2	558,1	252,1	297,6	363,0	...
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	211,8	247,6	277,0	315,0	276,7	265,3	242,2	286,5	...
AUSBAUGEWERBE⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 422	7 998	7 691	7 785	7 913	7 774	7 723	7 843	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	983	940	861	905	945	936	869	980	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	19,6	19,1	17,0	18,3	20,5	18,1	18,0	20,0	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	56,0	45,4	46,4	69,2	47,9	45,7	52,2	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG⁹⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	972	959	734	723	638	2 112	1 920
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	808	816	796	783	685	969	828
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen;¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,4	101,3	.	.	100,5	99,8
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	128,4	134,0	.	.	140,9	110,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
				April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	467	661	838	761	965	526	514	624	695
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	326	483	582	555	710	377	364	483	562
*2 Wohnungen	Anzahl	80	107	146	141	148	101	83	83	76
*Rauminhalt	1 000 m³	523	687	909	780	991	498	573	574	587
*Wohnfläche	1 000 m²	91	120	160	138	170	88	103	103	106
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	117	171	227	223	233	127	133	160	142
*Rauminhalt	1 000 m³	520	599	682	779	709	330	360	480	574
*Nutzfläche	1 000 m²	88	103	123	125	129	63	65	84	101
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 159	1 570	2 124	1 813	2 289	1 140	1 314	1 314	1 339
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	677,7	678,8	648,2	667,2	609,0	890,6	668,7
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	118,6	115,4	129,6	99,6	98,6	129,0	132,2
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	559,1	563,4	518,6	567,6	510,5	761,6	536,5
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,9	12,8	11,2	13,7	11,9	15,7	19,4
*Halbwaren	Mill. DM	61,5	57,4	49,9	60,0	45,6	61,5	78,6
*Fertigwaren	Mill. DM	483,7	493,2	457,5	494,0	453,0	684,4	438,5
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	55,9	64,3	65,7	71,8	67,1	87,9	71,1
*Enderzeugnisse	Mill. DM	427,8	428,8	391,8	422,2	385,9	596,5	367,4
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	290,5	295,1	320,8	271,9	274,0	371,5	341,1
darunter Niederlande	Mill. DM	54,4	64,2	86,7	53,8	55,1	67,3	74,5
Dänemark	Mill. DM	58,0	57,3	80,2	53,5	60,2	80,7	72,3
Frankreich	Mill. DM	56,1	55,2	52,6	49,6	53,7	75,8	64,2
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	39,1	45,6	36,1	44,4	38,2	57,8	51,9
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	105,3	108,7	102,3	106,7	112,5	r 110,3	r 109,1	107,5	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	102,0	108,4	100,2	125,9	134,9	r 84,2	r 110,8	118,3	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN										
*Ankünfte	1 000	217	216	188	297	325	127	p 229	p 284	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	21	20	27	28	12	p 22	p 23	...
*Übernachtungen	1 000	1 338	1 307	885	1 515	2 203	512	p 1 184	p 1 371	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	40	37	67	49	23	p 41	p 43	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 143	1 175	1 021	1 240	1 271
Güterversand	1 000 t	545	603	621	626	621
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	164	138	143	121	146	159	139	133	...
*Güterversand	1 000 t	142	148	150	138	158	140	159	163	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE	Anzahl	8 169	9 382	11 377	11 374	12 217	13 560	11 920
darunter Krafträder										
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	450	432	1 049	765	636	1 035	937
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 163	8 253	9 541	9 742	10 586	11 688	10 137
*Lastkraftwagen										
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	325	400	439	524	476	520	480
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 449	1 533	1 467	1 676	1 967	1 160	1 366	p 1 690	p 1 755
*Getötete Personen	Anzahl	40	43	37	47	52	39	31	p 38	p 46
*Verletzte Personen	Anzahl	1 867	1 966	1 846	2 163	2 510	1 495	1 788	p 2 128	p 2 279

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats- durchschnitt 1)		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	61 136	65 433	62 465	62 940	63 756	65 192	65 829	66 272	67 089
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	59 217	63 597	60 660	61 108	61 964	63 486	64 114	64 578	65 419
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 118	9 907	9 296	9 320	9 804	9 694	9 590	9 674	10 211
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 878	9 190	8 910	8 872	9 199	9 353	9 322	9 451	9 924
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239	717	386	448	605	341	268	223	287
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 513	7 348	7 319	7 279	7 298	7 175	7 195	7 232	7 280
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 675	5 529	5 440	5 451	5 436	5 407	5 407	5 437	5 423
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 838	1 819	1 879	1 828	1 862	1 768	1 788	1 795	1 856
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	42 587	46 341	44 045	44 510	44 862	46 617	47 328	47 672	47 928
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 809	34 816	32 812	33 158	33 449	35 063	35 288	35 541	35 724
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 778	11 525	11 233	11 351	11 413	11 554	12 041	12 131	12 204
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	38 037	40 378	38 122	38 547	38 541	39 864	40 031	40 373	40 241
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	23 499	24 711	23 374	23 753	23 749	24 393	24 594	24 951	24 856
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 386	18 366	17 232	17 515	17 636	18 134	18 335	18 556	18 646
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 112	6 345	6 142	6 238	6 113	6 259	6 260	6 395	6 210
*Spareinlagen	Mill. DM	14 539	15 667	14 747	14 794	14 791	15 471	15 437	15 422	15 385
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	10 599	11 457	10 796	10 813	10 829	11 573	11 549	11 566	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	886	990	887	813	832	873	789	755	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	817	896	834	766	835	897	823	776	...
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	56	54	59	56	60	63	64	63	60
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	1	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	404	337	304	355	318	325
*Wechselsumme	Mill. DM	3,6	2,4	2,2	2,8	2,9	1,6
STEUERN										
		Vierteljahres- durchschnitt			2. Vj. 83		1. Vj. 84		2. Vj. 84	
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 111,3	2 248,0	-	-	1 961,6	2 420,7	-	-	2 098,5
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 500,5	1 567,9	-	-	1 363,7	1 609,3	-	-	1 461,4
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 084,6	1 161,8	-	-	1 006,0	1 132,1	-	-	1 088,8
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,7	237,0	-	-	201,5	271,8	-	-	213,3
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,8	17,9	-	-	11,1	18,8	-	-	20,9
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	153,4	151,2	-	-	145,1	186,5	-	-	138,5
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	610,9	680,0	-	-	597,9	811,4	-	-	637,1
*Umsatzsteuer	Mill. DM	403,4	442,1	-	-	363,6	553,6	-	-	365,2
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	207,4	238,0	-	-	234,3	257,8	-	-	271,9
*Bundessteuern	Mill. DM	129,4	131,0	-	-	114,3	141,1	-	-	113,1
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,1	-	-	0,1	0,1	-	-	0,0
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	117,9	118,5	-	-	103,5	117,3	-	-	102,2
*Landessteuern	Mill. DM	137,8	164,2	-	-	178,3	169,7	-	-	173,8
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	30,9	-	-	27,5	27,2	-	-	28,0
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	70,6	73,8	-	-	93,7	74,8	-	-	82,0
*Biersteuer	Mill. DM	4,8	5,5	-	-	4,5	5,0	-	-	6,1
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,0	261,0	-	-	266,5	239,7	-	-	...
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,3	-	-	7,5	7,9	-	-	...
*Grundsteuer B	Mill. DM	55,6	57,3	-	-	54,5	59,8	-	-	...
*Gewerbesteuer	Mill. DM	184,2	176,4	-	-	184,5	171,9	-	-	...
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	186,4	181,8	-	-	182,8	177,8	-	-	...
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 144,6	1 202,7	-	-	1 049,2	1 278,3	-	-	1 096,6
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,3	601,3	-	-	521,5	607,4	-	-	551,4
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	412,3	452,2	-	-	397,6	531,5	-	-	417,3
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	-	15,8	1,7	-	-	14,7
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 214,8	1 293,4	-	-	1 129,9	1 397,6	-	-	1 228,6
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	710,8	735,3	-	-	641,1	767,2	-	-	692,2
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	342,7	375,7	-	-	294,7	462,4	-	-	347,9
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	-	15,8	1,7	-	-	14,7
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	437,2	455,2	-	-	452,4	241,1	-	-	...
*Gewerbesteuer	Mill. DM	139,4	145,4	-	-	151,2	181,3	-	-	...
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	217,2	230,6	-	-	217,5	2,1	-	-	...
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,2	230,6	-	-	217,5	2,1	-	-	...

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1982	1983	1983			1984			
		Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	Marz	April	Mai	Juni
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	116,2	115,8	113,0	113,4	114,5	119,8	120,5	122,4	...
Ausfuhrpreise	110,4	112,3	111,4	111,8	112,0	115,1	115,5	116,0	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1976 = 100)	138,0	137,8	r 135,4	r 135,8	r 136,8	141,9	142,7	144,0	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	114,1	115,8	115,1	115,2	115,5	118,2	118,7	118,9	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ (1976 = 100)	107,3	105,8	104,9	104,3	105,2	p 110,2	p 108,2	p 105,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	108,9	111,2	.	110,7	.	.	.	114,2	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾ (1976 = 100)	127,0	128,0	127,4	127,6	126,6	131,6	131,6	p 131,3	...
Einzelhandelspreise (1976 = 100)	128,6	131,7	130,9	131,5	131,8	134,3	134,6	134,8	...
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,9	115,6	114,7	115,0	115,4	117,9	118,1	118,2	118,6
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	111,3	114,3	114,7	114,8	114,9	116,5	116,7	116,8	117,1
Bekleidung, Schuhe	109,8	113,0	112,4	112,8	112,8	114,9	115,1	115,5	115,5
Wohnungsmieten	109,7	115,6	114,9	115,3	115,5	118,7	119,1	119,4	119,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	125,6	124,5	121,6	121,7	122,7	127,2	127,7	127,3	127,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,6	113,7	113,0	113,4	113,5	115,5	115,7	115,8	115,9
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtskreis -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	646	671	654	.	.	.	675	.	.
darunter *Facharbeiter	679	697	678	.	.	.	700	.	.
*weibliche Arbeiter	437	454	445	.	.	.	459	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	420	435	425	.	.	.	440	.	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	15,65	16,34	16,24	.	.	.	16,59	.	.
darunter *Facharbeiter	16,38	17,07	16,92	.	.	.	17,30	.	.
*weibliche Arbeiter	11,08	11,43	11,37	.	.	.	11,59	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	10,67	10,97	10,91	.	.	.	11,12	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	41,2	40,9	40,3	.	.	.	40,7	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,6	39,1	.	.	.	39,6	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 705	3 848	3 826	.	.	.	3 954	.	.
*weiblich	2 533	2 654	2 630	.	.	.	2 726	.	.
Technische Angestellte									
*männlich	3 841	3 995	3 959	.	.	.	4 052	.	.
*weiblich	2 439	2 602	2 589	.	.	.	2 645	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 184	3 185	3 149	.	.	.	3 254	.	.
*weiblich	2 197	2 125	2 086	.	.	.	2 193	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 166	3 179	3 146	.	.	.	3 183	.	.
weiblich	(2 245)	(1 914)	1 640	.	.	.	(2 081)	.	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 349	3 392	3 363	.	.	.	3 476	.	.
weiblich	2 294	2 270	2 235	.	.	.	2 337	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 805	3 925	3 889	.	.	.	3 977	.	.
weiblich	2 438	2 520	2 423	.	.	.	2 607	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen B
Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	in 1 000	in 1 000		Mill. DM				in 1 000				
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 690	264	16 702	517
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 609	258	16 061	476
1983	17	14	.	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 591	250	15 684	475

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
	in 1 000							Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
	1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	...	62,0

Jahr	Steuern ⁶⁾								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1979	4 311	4 421	1 544	2 004	5 115	3 002	1 549	523	753	7 865	2 592	2 044
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 610	2 028
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn-gebäude	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 = 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	landwirt-schaftlicher Produkte		insgesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1980 = 100	1976 = 100			kaufmännische Angestellte		technische Angestellte		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1979	93,0	96,9	90,4	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	100	99,3	100	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	107,8	104,6	105,9	123,9	118,2	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	107,3	108,9	130,5	125,5	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	105,8	111,2	134,4	128,4	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1. 10. bis 30. 9.); ab 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahre, einschließlich Kinderheime 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) für alle privaten Haushalte
10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.1.1984 ^{a)}				Bevölkerungsveränderung im Januar 1984 a)			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1984 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte	
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)							
		in %								
FLensburg	86 535	+ 0,1	- 0,1	- 41	90	49	50	1	59	
KIEL	248 222	- 0,0	- 0,2	- 83	17	- 66	183	4	231	
LÜBECK	214 635	- 0,2	- 1,1	- 136	- 209	- 345	137	-	160	
NEUMÜNSTER	79 362	+ 0,0	- 0,5	- 6	13	7	61	-	76	
Dithmarschen	130 612	- 0,0	- 0,3	- 48	17	- 31	75	1	101	
Hzgt. Lauenburg	157 883	- 0,0	+ 0,2	- 44	26	- 18	82	1	114	
Nordfriesland	161 403	- 0,1	- 0,2	- 16	- 212	- 228	124	4	160	
Ostholstein	194 338	+ 0,1	+ 0,3	- 82	208	126	147	6	180	
Pinneberg	260 106	- 0,0	- 0,2	- 62	5	- 57	134	3	150	
Plön	117 480	+ 0,2	+ 0,5	- 34	210	176	89	2	129	
Rendsburg-Eckernförde	247 116	- 0,0	+ 0,2	- 54	42	- 12	178	5	245	
Schleswig-Flensburg	182 621	- 0,0	- 0,2	- 41	9	- 32	119	1	162	
Segeberg	214 067	+ 0,0	+ 0,3	- 28	64	36	162	6	220	
Steinburg	127 786	- 0,0	- 0,4	- 67	22	- 45	76	5	98	
Stormarn	193 975	- 0,0	+ 0,5	- 55	38	- 17	138	7	194	
Schleswig-Holstein	2 616 141	- 0,0	- 0,1	- 797	340	- 457	1 755	46	2 279	

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1.1.1984	
	Betriebe am 30.6.1984	Beschäftigte am 30.6.1984	Umsatz ⁴⁾ im Juni 1984 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLensburg	70	8 757	146	33 294	29 819
KIEL	134	23 476	406	94 681	85 131
LÜBECK	141	21 350	297	82 072	73 665
NEUMÜNSTER	73	9 520	101	34 000	30 159
Dithmarschen	73	6 119	302	66 379	53 281
Hzgt. Lauenburg	96	7 857	90	74 627	64 278
Nordfriesland	55	2 961	61	77 505	62 437
Ostholstein	81	5 778	102	84 962	72 746
Pinneberg	193	20 321	294	120 457	105 031
Plön	48	2 552	35	55 636	46 787
Rendsburg-Eckernförde	122	9 930	244	118 953	99 563
Schleswig-Flensburg	89	5 058	141	89 483	72 468
Segeberg	175	14 230	228	113 626	97 569
Steinburg	92	10 141	240	61 283	49 971
Stormarn	149	16 240	328	93 191	81 647
Schleswig-Holstein	1 591	164 290	3 014	1 200 149	1 024 552

1) nach dem Gebietsstand vom 31.1.1984 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

a) Die bereits veröffentlichten Zahlen für den Monat Februar müssen aufgrund fehlerhafter Auswertungen berichtigt werden und können erst mit der nächsten Veröffentlichung erscheinen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1983				Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			Arbeitslose am 31.5.1984	Kurzarbeiter Monatsmitte Mai 1984	offene Stellen am 31.5.1984	Schweine insgesamt am 3. 4. 1984	Rindvieh am 3.12.1983	
		VZ 1970	Vorjahres- stand						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 616,6	+ 4,9	- 0,1	100,9	12,7	3,2	1 783	1 616	574	
Hamburg	1 609,5	- 10,3	- 0,9	76,8	16,6	2,6	10	14	4	
Niedersachsen	7 248,5	+ 2,3	- 0,1	310,0	37,1	9,7	7 363	3 315	1 193	
Bremen	676,9	- 6,3	- 1,2	38,2	7,2	1,5	8	18	5	
Nordrhein-Westfalen	16 836,5	- 0,5	- 0,7	695,2	157,1	19,0	5 975	2 051	666	
Hessen	5 565,0	+ 3,4	- 0,6	160,2	23,9	9,6	1 289	871	296	
Rheinland-Pfalz	3 633,5	- 0,3	- 0,1	109,3	16,9	4,7	667	638	230	
Baden-Württemberg	9 243,3	+ 3,9	- 0,3	205,2	51,8	20,9	2 265	1 850	694	
Bayern	10 969,5	+ 4,7	+ 0,0	305,5	50,5	20,0	4 276	5 107	2 048	
Saarland	1 052,8	- 6,0	- 0,4	49,2	8,2	1,2	46	72	25	
Berlin (West)	1 854,5	- 12,6	- 0,8	82,8	5,7	4,4	4	1	0	
Bundesgebiet	61 306,7	+ 1,1	- 0,4	2 133,2	387,6	96,5	23 684	15 552	5 735	

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im März 1984	
	Beschäftigte am 30. 4. 1984 in 1 000	Umsatz ²⁾ im April 1984		Beschäftigte am 31.3.1984		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	Je 1 000 Einwohner	Anzahl	Je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	162	2 903	22	47	18	1 140	4,4
Hamburg	143	6 587	12	25	16	1 173	7,3
Niedersachsen	627	1 369	31	117	16	3 431	4,7
Bremen	75	1 827	21	12	17	121	1,8
Nordrhein-Westfalen	1 936	32 351	28	245	15	9 297	5,5
Hessen	599	9 061	27	91	16	2 388	4,3
Rheinland-Pfalz	358	6 489	35	66	18	2 047	5,6
Baden-Württemberg	1 353	19 260	30	192	21	6 872	7,4
Bayern	1 265	17 230	31	216	20	7 787	7,1
Saarland	139	1 879	34	18	17	451	4,3
Berlin (West)	156	3 456	13	33	18	839	4,5
Bundesgebiet	6 814	112 411	28	1 063	17	35 546	5,8

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1984			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im April 1984				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30.4. 1984 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 200	1 025	392	1 366	31	1 788	133	5 900	520	495	...
Hamburg	640	574	357	820	9	1 070	132	9 361	758	2 892	...
Niedersachsen	3 367	2 849	393	3 390	135	4 396	134	7 409	512	496	...
Bremen	268	241	356	354	7	418	120	8 388	595	1 320	...
Nordrhein-Westfalen	7 511	6 693	397	7 686	172	9 833	130	8 338	558	872	...
Hessen	2 725	2 358	424	2 800	90	3 732	137	8 857	619	817	...
Rheinland-Pfalz	1 841	1 544	425	1 857	49	2 544	140	8 313	523	598	...
Baden-Württemberg	4 587	3 886	420	4 295	123	5 947	141	9 000	633	785	...
Bayern	5 441	4 427	404	5 409	195	7 477	142	9 237	563	652	...
Saarland	494	441	419	543	15	706	133	7 940	490	577	...
Berlin (West)	683	602	325	1 067	17	1 325	126	7 847	482	1 176	...
Bundesgebiet	28 860 ^{a)}	24 689 ^{a)}	403	29 587	843	39 236	135	8 436	569	800	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

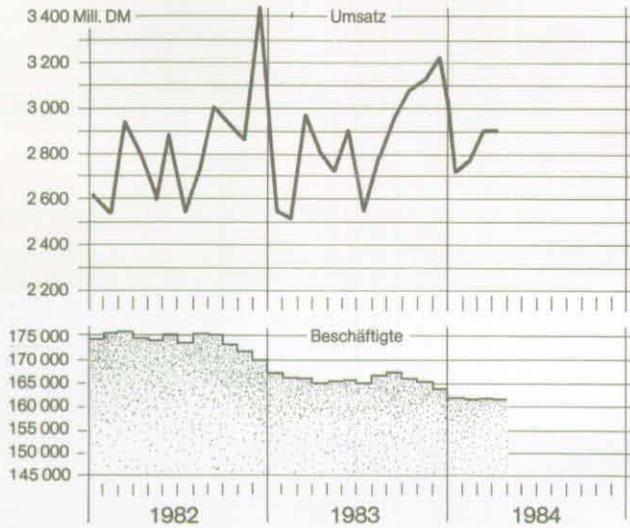
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

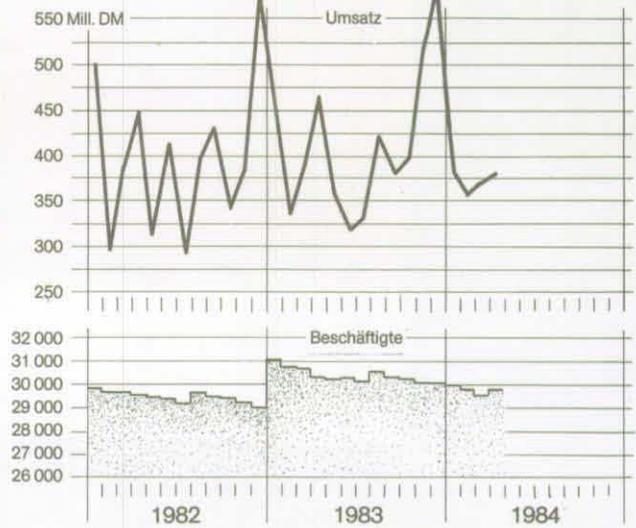
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Arbeitslose; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

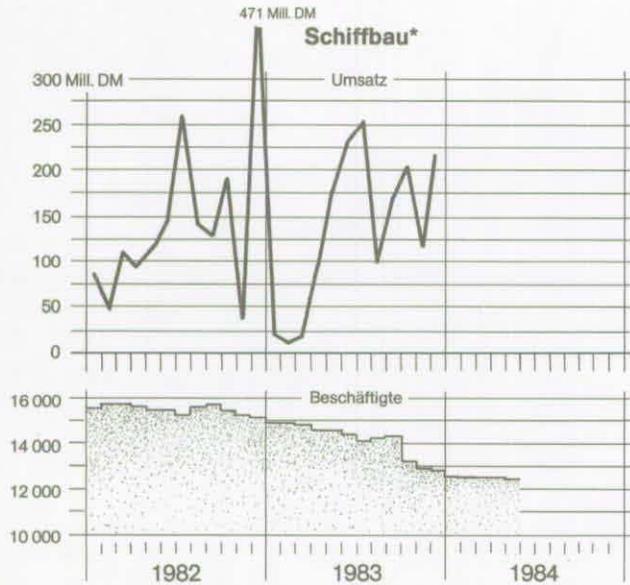
Verarbeitendes Gewerbe*



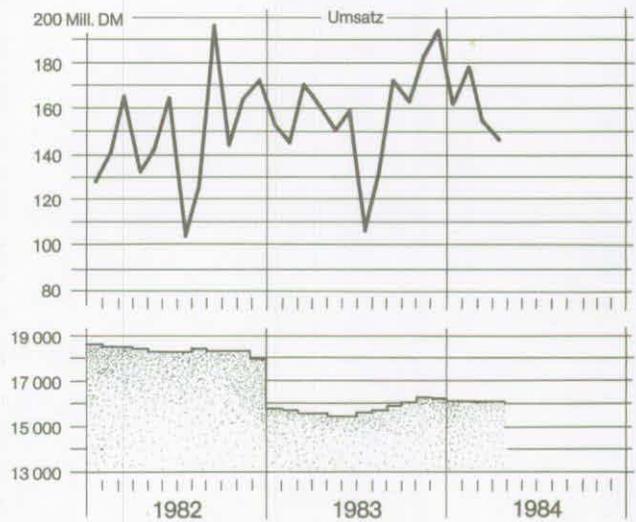
Maschinenbau*



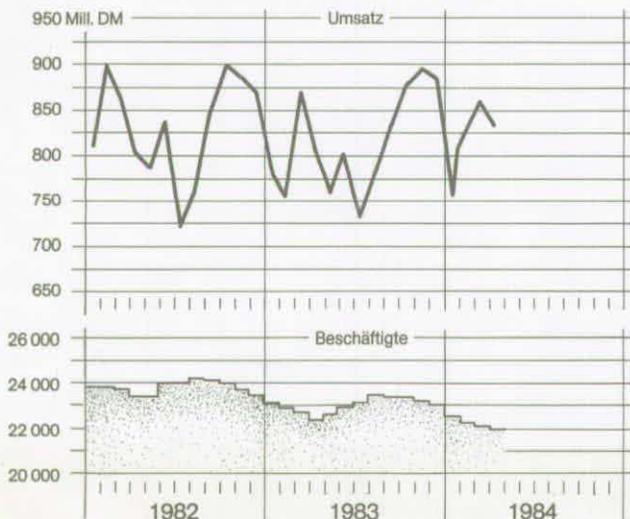
Schiffbau*



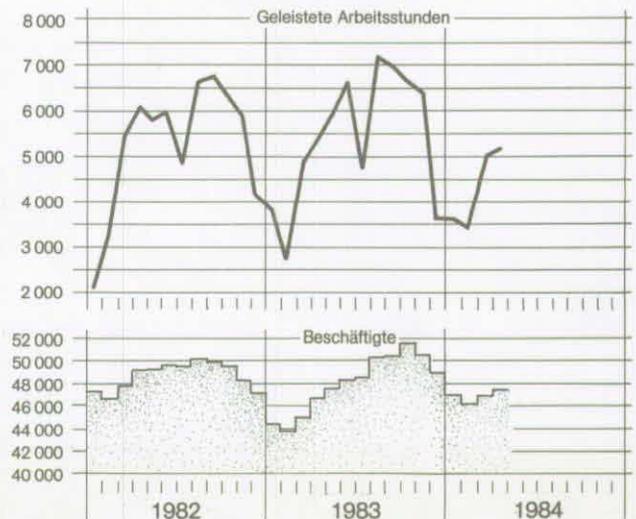
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

